

Entwicklungs politik »von unten« oder Bürgerkrieg

Alternativen zur verinnerlichten Gewalt in Kolumbien

von *Peter Moßmann*

1. Vorbemerkungen

Im vorliegenden Beitrag soll am Beispiel Kolumbiens auf Chancen oppositionellen Handelns in vorrevolutionären Gesellschaften hingewiesen werden. Der Versuch versteht sich als konstruktive Kritik an einer in Lateinamerika geschichtlich verankerten Tendenz, Konflikte bewaffnet zu lösen und an Wunder durch Bürgerkriege zu glauben – sei es, weil Utopie von einer humanen Gesellschaft die Sehnsüchte nährt oder weil Repression Verfolgte und Verzweifelte zur Selbstverteidigung treibt.

Nach einigen einführenden Systemelementen zum augenblicklichen Stand der Guerillaformationen und zur kolumbianischen »Staatskunst« in bezug auf die Erhaltung des status quo enthält der Beitrag drei Schwerpunkte, unter denen die kolumbianische Guerillatradition aus einem jeweils anderen Blickwinkel betrachtet wird: Auf eine historische Darstellung der Entwicklung verschiedener Etappen der Agrarkonflikte folgt eine Hypothese über mögliche politische Prozesse, die die Landesgrenzen überschreiten könnten. Danach schließt sich eine Kritik am sich ständig wiederholenden Waffengang an. Der erste Schwerpunkt – der dritte Teil dieses Beitrags – bezieht sich auf historische, für die Gegenwart relevante Klassenauseinandersetzungen, die allmählich in Guerillaformationen mit spezifischen Rückzugsgebieten übergegangen sind. Sie entwickelten sich während der sog. Violencia nach 1948 und sind letztlich Ergebnisse einer Erfahrung der Landbewohner mit ständigen Agrarkonflikten im Sinne der »ursprünglichen Akkumulation«.¹

Im vierten Teil folgt ein Versuch, kolumbianisches Denken nachzuzeichnen, wie es von zahlreichen Vertretern unterschiedlichster Bewegungen ausgedrückt worden ist und seit dem 19. Jahrhundert die politische Kultur und damit auch die Werthaltung kennzeichnet. Die relative Ausweglosigkeit der sozialen Lage führt viele Kolumbianer während ihrer Sozialisation zu einer positiven Haltung gegenüber dem Guerillakampf. Der Verfasser konnte dies mehrere Jahre lang – selbst innerhalb des Staatsapparates! – erfahren. Dieses landesspezifische Phänomen wird als Synthese vergangener Entwicklung und als Hypothese über zukünftige Entwicklungstendenzen aus kolumbianischer Sicht darzustellen und zu begründen versucht. Ohne dieses der politischen Kultur immanente Den-

1 Vgl. zum historischen Verlauf dieser Konfliktmuster für den kolumbianischen Fall: Moßmann, 1979, Kap. 4.1. – bes. S. 82–88. Für die theoretische Bedeutung vor dem Hintergrund einer dreihundertjährigen Auseinandersetzung um derartige Konflikte: Marx, Kapital – Bd. 1, Kap. 24.

ken kann das Land mit seinen heutigen und zukünftigen Problemen nicht verstanden werden.

Im fünften Teil werden einige Elemente der Kritik und Vorschläge für eine humanere Opposition skizziert.

Auf vier umfassende Quellenbereiche wird zurückgegriffen:

1. die Geschichte der Klassenkämpfe und Agrarkonflikte Kolumbiens seit 1900 – einschließlich zahlreicher Interviews und Informationsgespräche mit Oppositionsführern verschiedener Richtungen sowie der Einschätzung ihres Hauptfeindes, der Anti-guerilla-Kriegsstrategen;²
2. dem Vergleich lateinamerikanischer Emanzipationsversuche, besonders mit den Erfahrungen der Ejercitos de Liberación Nacional (ELN) und ihren Zielen um die Aktivitäten Che Guevaras in Bolivien;
3. dem Verlauf und den Zielen der bedeutendsten sozialen Bewegungen seit 1927;
4. der Entwicklungsproblematik der Dritten Welt aus der Sicht einiger europäischer Diskussionsschwerpunkte.

Auf die kolumbianische Problemsicht trifft somit europäisches Denken, das weder Opfer der Militärberichterstattung ist³ noch einem billigen Anti-Kommunismus entspringt.

Kolumbien ist das einzige Land Lateinamerikas mit einer stabilen, seit Jahrzehnten existierenden Guerilla. Schon im letzten Jahrhundert gab es liberale und konservative Guerrillaverbände, deren Ziel es war, die Regierungen aus ihren Machtpositionen zu vertreiben. An dieser Tradition knüpft die sozialistische Guerilla an.

Der bedeutendste Verband ist die FUERZAS ARMADAS REVOLUCIONARIAS DE COLOMBIA (FARC), angeführt von dem legendären Manuel Marulanda Vélez, der 1949 begann, Guerilleros der Liberalen Partei zu führen und 1951 zu KP-orientierten Gruppen überging. Die FARC steht noch heute der KP nahe. – Das EJERCITO DE LIBERACION NACIONAL (ELN) ist nach der kubanischen Revolution gegründet worden und ist der letzte überlebende Verband jener Kuba-orientierten ELNs der sechziger Jahre, die es in Bolivien, Peru, Venezuela und Guatemala gab. Sein Einflußgebiet ist stark geschrumpft und ging z. T. an die FARC verloren. Auch Zonen des maoistischen EJERCITO POPULAR DE LIBERACION (EPL) sind mittlerweile in Nordkolumbien (Urabá) der FARC zugefallen. Die EPL wurde durch Repression stark dezimiert und teilte sich in verschiedene Fraktionen und Regionen auf – eine davon ist das COMANDO PEDRO LEON ARBOLEDA (PLA) um Cali. Die FARC kontrolliert große, quasi-autonome Zonen von Südkolumbien bis zur Grenze Panamás, obwohl 1964 auf

2 Es handelt sich besonders um Erkenntnisse französischer Militärs, die – aufbauend auf interkulturellen Vergleichen über Aufstände und Revolutionen – Empfehlungen ausarbeiten, wie Revolutionen abgeblockt werden können. Sie dienten der Junta Interamericana de Defensa, um sich vom Schreck der kubanischen Revolution zu erholen, ohne weitere Länder zu verlieren. Vgl. Junta, 1960 – sowie die Erfahrungen von US-Amerikanern, die in Kolumbien (1952–53) und auf den Philippinen für den Vietnam-Krieg ausgebildet worden waren: Ramsey, o. J.

3 Wie z. B. Lamberg, 1972 – bes. das Kapitel zu Kolumbien und Zelinsky, 1978.

eine ihrer Zonen (Marquetalia, Munizip Chaparral/Tolima) Napalm abgeworfen wurde. Neben der FARC ist das MOVIMIENTO 19 DE ABRIL (M-19) die zur Zeit aktivste Guerillabewegung. Sie genießt in breiten Volksschichten mehr Popularität als die anderen Verbände. Nach 1970 ging sie aus der ANAPO hervor, deren populistischer Führer, Ex-Diktator Rojas Pinilla, den Wahlsieg von 1970 »verkaufte« oder zum Wahlbetrug gezwungen wurde. M-19 scheint jetzt den massenhaften Zustrom kaum bremsen zu können, was ihre Verletzlichkeit durch Spitzel und nachfolgende Repression erhöht. Die FARC hat gegenwärtig 9 Fronten und will weitere 6 aufbauen. Rechnet man realistischerweise mit je zwei Fronten durch M-19, ELN, EPL und der trotzkistischen Guerillabewegung (MOVIMIENTO DE AUTODEFENSA OBRERA - MAO), dann dürfte Kolumbien in wenigen Jahren nahezu 20 Guerillafronten besitzen.

Neben den relativ stabilen Guerillaformationen ist Kolumbien in Lateinamerika noch aus einem zweiten Grund eine Ausnahme: Intern stellen die vor 130 Jahren gegründete Liberale und Konservative Partei immer noch die politische Führungsspitze. In allen größeren Ländern Lateinamerikas wurde die Parteienstruktur des 19. Jahrhunderts überwunden – nicht in Kolumbien. Die Fähigkeit zur Machterhaltung wird seit der Unabhängigkeit von Spanien (1819) in denselben Familien weitergegeben. Die einheimische Herrscherclique verfügt über verblüffend ausgekochte, der politischen Kultur immanente Taktiken und Tricks zur Zementierung des status quo. International bestätigt sich diese »Staatskunst« am relativ guten Image trotz eines Bürgerkrieges, der »Violencia« (ab 1948), mit 200 000 bis 300 000 Toten und einem Ausnahmezustand (mit kurzen Unterbrechungen vor Wahlen) ebenfalls seit 1948. Häufig wird das Ende der »Violencia« mit 1964 angegeben. Es ist jedoch besser von einem Bürgerkrieg in Etappen und mit wechselnden Fronten in verschiedenen Regionen zu sprechen. Trotz regelmäßig wiederkehrender Repression mit Massenmorden (z. B. 1973 mit 1000 Toten unter den ELN-Campesinos bei Anori/Antioquia, wovon die Öffentlichkeit nichts erfuhr) konnte das kolumbianische Regime im Westen das Bild einer für Lateinamerika beispielhaften Demokratie aufrechterhalten. Während das kolumbianische Wahlvolk seit Jahrzehnten zu 60–70 % den Wahlen fernbleibt, nutzt die Regierung das positive Bild im Ausland: sie benötigt massive internationale Unterstützung aus allen Kanälen, um sich über die Legislaturperioden zu retten – und erhält sie auch.

International scheint die Amnestiekampagne aus dem Jahre 1980 erneut positiv aufgenommen worden zu sein: bereits in den 50er Jahren gab es unter dem Diktator Rojas Pinilla (1953–1957) ein Amnestieangebot, falls die Guerilleros ihre Waffen ablieferten. Viele, die zu naiv waren, daran zu glauben, wurden ermordet – vor allem ihre Führer, sofern sie nicht bereit waren, sich »kaufen« zu lassen. Die bedeutendsten der ermordeten Führer sind Guadelupe Salcedo und Dumar Aljure. Andere gaben nur die unbrauchbaren Waffen ab und vergruben die noch intakten für künftige Auseinandersetzungen.

Interne Handlungsspielräume gibt es in Kolumbien für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft und eines neuen Wirtschaftssystems in den großen, national nicht integrierten und quasi-autonomen Zonen. Ob die Chance, eine neue Gesellschaft »im Schoße der Bourgeoisgesellschaft« (K. Marx) aufzubauen, genutzt wird, ist deshalb fraglich, weil es

erstens keine detaillierten Analysen gibt und weil zweitens jene Zonen je nach politischer Orientierung der sie leitenden Bewegungen oder Parteien und je nach lokalen Ressourcen oder regional vorherrschenden Produktionsweisen anders strukturiert sein könnten. Eine die jeweiligen Zonen übergreifende Analyse würde eine politische Allianz der betreffenden Bewegungen voraussetzen. Hierzu scheint die Zeit noch nicht reif zu sein.

2. Aspekte der Agrargeschichte

2.1 Die »Violencia« – Geburtshelferin der modernen Guerilla

Um die Bedeutung der Tradition bewaffneter Konfliktlösung als Politikersatz besser verstehen zu können, sind zwei agrarhistorische Erscheinungen wesentlich, die einer weiteren Klärung bedürfen:

1. Die »Violencia« und
2. die Entstehungsgeschichte und entwicklungspolitische Schlüsselfunktion national geringfügig integrierter ruraler Räume.

2.1.1 »Violencia« als Bürgerkrieg und als Ausdruck einer politischen Kultur

Auslöser der »Violencia« war die Ermordung des beliebten Präsidentschaftskandidaten J. E. Gaitán der Liberalen Partei am 9. April 1948. In der Hauptstadt brach daraufhin der sogenannte »bogotazo« aus, ein Aufruhr, der wildes Morden in den Straßen Bogotás zur Folge hatte, einige Tage dauerte und auf die ländlichen Zonen vor allem in der Kafferegion übersprang. Dort weiteten sich frühere Gewaltakte aus. Massenmord und Rache unter den Anhängern der Liberalen und Konservativen Partei nahmen zu.

Unter verinnerlichter Gewalt in Kolumbien wird hier ein typischer sozialer Charakter verstanden: Der Versuch, auf Probleme zu reagieren bzw. sie zu lösen, bleibt in der Gewaltausübung stecken. Das gilt für den zwischenmenschlichen und den gesellschaftlichen Bereich. Andere Konfliktlösungsmechanismen wie Verhandlungen und Allianzen mit Konsensusbildung unter Konkurrenten gibt es zwar auch, sie werden aber unterdrückt vom tendenziell dominierenden Gewaltmuster. Freundschafts- und Klientelbeziehungen (etwa im Sinne von parentesco und/oder compadrazgo) kommen ebenfalls im emanzipatorischen und im Systemkontext zu wenig zum Durchbruch. Kampf wird oft zum Selbstzweck, hat Ventilfunktion und ist nicht immer auf klare politische Ziele gerichtet – trotz unterschiedlicher Organisations- und Erscheinungsformen. Dies gilt auch für das Beispiel der »Violencia«, deren einzelne Phasen von unterschiedlichen Konfliktmustern geprägt wurde. Es wird hier somit grob unterschieden zwischen »Violencia« (Gewalt) als Bürgerkrieg und als Ausdruck einer politischen Kultur. Die Grenzen sind fließend und einige Ursachen liegen vor der politischen Unabhängigkeit. Möglicherweise sind Einzelaspekte des Ursprungs von Gewalt in der spanischen Geschichte und nicht nur bei den spanischen Eroberern zu suchen.

2.1.2 Konfliktmuster

Die »Violencia« ist nicht nur nach der mexikanischen Revolution die größte Bauernmobilisierung Lateinamerikas⁴ und der bislang blutigste Bürgerkrieg Kolumbiens, sondern ist eine Ursache für die heutigen stabilen Guerillaformationen.

Verschiedenste Konfliktmuster gingen in den fünfziger Jahren ineinander über: traditionelle Bürgerkriege zwischen den Anhängern der beiden Parteien dienten der Eroberung staatlicher Macht und damit ökonomischer Pfründe. Die Klientelherrschaft konnte nur über ökonomische Vergünstigungen abgesichert werden. Dies bedeutete, daß in regelmäßigen Abständen (und in Zusammenhang mit sich ausdehnender Weltmarktintegration) die Regierungsmacht erobert werden mußte, um der eigenen Klientel Posten oder sonstige Vergünstigungen geben zu können. Daher übt der Staat nach F. Guillén Martínez⁵ im 19. Jahrhundert die Funktion eines Arbeitsamtes aus. Um die Regierungsmacht zu erobern, waren jeweils Bürgerkriege vonnöten, bevor es in größerem Ausmaß Stellen zu vermitteln gab. Nach Erfahrungen des Verfassers in mehrjähriger Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Regierung hat sich an dieser Staatsfunktion bis heute wenig geändert. Es kann davon ausgegangen werden, daß neben den Parteidisziplinen und Familienfeinden dieser Wunsch oder die Notwendigkeit nach ökonomischer Absicherung deshalb bewaffnet ausgetragen werden mußte, weil eine Konsensusbildung als Voraussetzung friedlichen und grundlegenden Machtwechsels durch Wahlen bis heute versperrt geblieben ist. Rojas Pinillas Scheitern weist daher, weil er nach dem als sicher geltenden Wahlsieg von 1970 die Präsidentschaft wegen Erpressung nicht antreten konnte, der heutigen M-19 und den von ihr mobilisierten Massen indirekt den Weg – oder erhofften Ausweg – in den Guerillakampf. Insgesamt gab es während der »Violencia« neben der traditionellen Banditen-Guerilla (bandoleros), liberale und KP-orientierte Guerilla-Verbände. Bezeichnend für den Geist heute dominierender Campesino-Einheiten der FARC ist die Aufbauphase ihrer Vorläufer um 1950.

Von der »Violencia« in die Flucht getriebene Siedler sprechen nicht wie die meisten Historiker von einer Zeitspanne – etwa 1948–1964 – für diesen Bürgerkrieg. Vielmehr teilen sie diese Epoche in vier Kriege ein: 1948, 1954, 1962, 1964.⁶ Wenn man nicht, wie der Verfasser dies tut, davon ausgeht, daß die »Violencia« noch nicht beendet ist, sondern sich nur die Konfliktfronten verlagert haben, dann ist die Auffassung der Betroffenen zutreffender als die der Historiker.

4 Hobsbawm, 1970; Guzmán, 1968.

5 Guillén, 1963.

6 So etwa in ihrem Manifest vom 20. 7. 1964 – in: Guzmán, 1968, 417.

2.2 Keimzellen für Alternativen

2.2.1 Nationale Desintegration durch Migration in den Urwald (1952–1964)

Verfolgung in ihren verschiedensten Formen vertrieb die Campesinos. Von Tolima aus zogen sie sich daher nach Marquetalia, El Pato, Guayabero, nach Riochiquito (Cauca) und Sumapaz (Cundinamarca) zurück. Die Rückzugsgebiete lagen und liegen noch in den Regionen Cundinamarca, Distrito Especial, Tolima, Huila, Meta und Caquetá. Marquetalia erstreckt sich über die Munizipien Ataco, Dolores, Alpujarrá (Tolima) sowie Neiva, Teruel, Aipe, Palermo, Iquirá (Huila). El Pato zieht sich über die Ostanden in der Grenzregion der Departamentos Huila, Meta und der Intendencia Caquetá. Nördlich davon befindet sich Guayabero beidseits der Grenze von Huila und Meta.⁷ Sumapaz erstreckt sich – wie die frühere Hacienda desselben Namens – über Süd-Cundinamarca, den südlichen Teil des Distrito Especial de Bogotá, Nordost-Tolima, Nord-Huila und West-Meta.⁸ Die Besiedlung einiger dieser Gegenden war bereits Jahrzehnte zuvor geschehen (Sumapaz, Tequendama). Sie wurde nach 1950 verstärkt durch die Repression unter Laureano Gómez. Die Campesinos, die sich nach El Pato zurückzogen, flüchteten in jenes Gebiet, als sie 1954 nach bewaffneten Konflikten in Villarica/Tolima friedlichere Zonen suchten. Diese Siedler brachten ihre politischen Erfahrungen mit:

»... als sie sich auf den neuen Ländereien niederließen, verwirklichten sie Ideen sowie politische und soziale Organisationsformen, die der Ideologie und den Interessen der großen Landbesitzer widersprachen«.⁹

Der Wunsch nach einem friedlicheren Leben hatte die Migranten bewogen, sich in einer anderen Gegend niederzulassen, wohin sie z. T. den Willen zu politischer Innovation mitbrachten. Diese Beweggründe hatten auch Siedler anderer Regionen zur Migration veranlaßt. Die Bewohner von Guayabero schrieben z. B. dem Priester Camilo Torres, sie seien 1956 in jene Gegend gekommen, hätten Brachland urbar gemacht, um in einer »kleinen Privatwirtschaft« leben zu können,¹⁰ was allerdings keiner politischen Innovation gleichkam, sondern hier dem alten Bauernziel nach Land entsprach.

Mit dem erzwungenen Rückzug und dem Wunsch nach eigenständigen Gemeindeformen hatte ein nationaler Desintegrationsprozeß unter Campesinos begonnen. Er dehnte sich langsam aus und drang unmerklich in andere Zonen vor, bis er mit Urabá (Antioquia) und Cimitarra (Santander), die ebenfalls von Siedlern unter ähnlichen Umständen gegründet worden waren, nach fünf bzw. zwölf Jahren Basisarbeit (ab 1976) neue Zonen für die kommunistische Guerilla (FARC) erobert hatte.¹¹

7 Guzmán, 1968, 419, 439, 444; Gilhodes, 1974, 385.

8 Gilhodes, ibid; Lamberg, 1972, 123.

9 Guzmán, 1968, 442.

10 Op. cit. 445, 417, 439.

11 Marulanda, 1977, 5.

2.2.2 Ziele und Selbstverständnis

Diese zu autonomen oder befreiten Gebieten erklärten Zonen wurden auch »unabhängige Republiken« genannt. Jene, die sie gründeten, betrachteten sich als »Nerv einer revolutionären Bewegung«.¹² Die Träger der Widerstandsbewegung waren Campesinos – ihre unmittelbaren Gegner die Großgrundbesitzer, Viehzüchter, der Großhandel und Kaziken. Ihr ursprüngliches Ziel war es, friedlich ihrer Arbeit als Campesinos nachzugehen und eine Organisation zur Selbstverteidigung aufzubauen.¹³ Wenn sich die Bewegung auch als »revolutionär« verstand, war sie dennoch vorwiegend defensiv. Die neuen Siedler erlitten, wie sie es selbst im Manifest vom 20. 7. 1964 darstellten, vier Kriege – jeweils nach 1948, 1954, 1962 und 1964. Diese sind die Ursache sowohl für die Migration und Flucht, wie für die Ausweitung des Einflußbereiches der Guerilla. Die gewaltsame Vertreibung und vor allem die Bombardierung der Bauernsiedlungen (1964) zerstörten viel von der Loyalität gegenüber der Regierung. Im erwähnten Manifest erklärten die Campesinos von Marquetalia ihr Programm und gaben den Grund für den bewaffneten Kampf an:

»Wir sind Revolutionäre und kämpfen für einen Wandel der Herrschaftsstruktur. Aber wir wollen diesen Wandel und kämpften um den für unser Volk schmerzlosen Weg, der friedlich ist, um die demokratische Auseinandersetzung der Massen und den Weg des Gesetzes, den die Verfassung Kolumbiens vorschreibt. Jener Weg wurde uns gewaltsam versperrt. Da wir Revolutionäre sind, die in der einen oder anderen Weise die historische Rolle spielen werden, die uns zusteht, mußten wir, gezwungen von den Umständen . . . , den anderen Weg einschlagen, den des bewaffneten revolutionären Kampfes zur Eroberung der Macht«.¹⁴

Das politische Programm des Manifests sah vor allem eine umfassende Agrarreform unter entschädigungsloser Enteignung der Großgrundbesitzer vor (Art. 1), wobei allerdings der Besitz reicher Latifundisten, die das Land selbst bearbeiten, unangetastet bleiben sollte (Art. 3). Die »rückständige« Ausbeutung über »Aparceria« und jede Art von Pacht sollte abgeschafft werden (Art. 2).¹⁵

2.2.3 Politische und Organisationsprinzipien

Eine der größten Belastungsproben hatte die Guerilla 1964 zu bestehen. Es wird daher auf die Prinzipien der Guerilla in jenem Jahr eingegangen, wie sie ihr Führer für das Tagebuch eines seiner Mitkämpfer wiedergab und die vor dem Plan-LASO (Latin America Security Operation) wie danach Gültigkeit haben.¹⁶ In vielen Punkten unterscheiden sie sich nicht von den Operationsrichtlinien der später gegründeten sozialistisch orientierten

12 Guzmán, op. cit., 428.

13 Gilhodes, op. cit., 381 ff.; Guzmán, op. cit., 417.

14 Guzmán, op. cit., 428/429.

15 Ibid.

16 Jacobo Arenas, 1972.

Guerillaformationen. Zentrale Unterschiede werden später behandelt. Die kommunistische Guerilla war damals noch die einzige bekannte Guerilla, die als Systemopposition betrachtet werden kann. Andere Formationen (ELN, EPL) wurden zu derselben Zeit geheim aufgebaut.

Manuel Marulanda zog nach 15 Jahren Guerillatätigkeit eine Reihe von Schlußfolgerungen: Er sieht die Möglichkeit für eine Guerilla gegeben, wenn die nationale Voraussetzung dafür da ist, die er nicht näher bestimmt, und ein Minimum an politischem Wissen und militärischen Kenntnissen vorliegt:¹⁷ Mit zehn bis zwölf Mann kann eine bewaffnete Gruppe gegründet werden. Der Fähigste und Verantwortungsbewußteste muß die Führung übernehmen. Seine Qualitäten werden täglich überprüft an den kurz- und langfristigen militärischen Zielen. Das Verhalten der Guerilla muß sich von dem der »bandoleros« unterscheiden. Ihr Ziel ist die Verteidigung der Interessen der Campesinos und des ganzen Volkes. Sie bedarf der ständigen politischen Unterweisung, damit sie auf etwaige Veränderungen in der regionalen oder nationalen Politik reagieren kann. Falls nötig, müssen die militärischen Ziele ja nach den politischen Ereignissen entsprechend abgeändert werden. Die Guerilla braucht eine Politik, die auf die Massen ausgerichtet ist, mit der sie ständig in Berührung sein muß. Die Masse muß die Guerilla tragen. Aus ihr kommt alles, was sie braucht. Die Partei bestimmt die Art dieses Kontaktes, sowie die gesamte politische und militärische Ausrichtung.¹⁸ Politische und militärische Instrukturen und Abwehrmaßnahmen sind notwendig. Die Methoden des Gegners müssen bekannt sein. Ein Agrarprogramm ist unerlässlich, um die Begeisterung wachzuhalten. Ohne dieses ist die Guerilla »wie ein Mann ohne Kopf«.¹⁹ Sie muß laufend neue Kämpfer rekrutieren und ist dynamisch. Der Kampf um Waffen ist ein Prinzip der Guerillabewegung. Der Feind muß ständig Schläge erhalten – wie Nadelstiche. Wenn er demoralisiert ist, müssen die Aktionen vervielfacht werden. Er muß für die Grausamkeiten bezahlen, und das Volk soll in ihr ihren Beschützer sehen und den revolutionären Kampf schätzen lernen. Es soll sehen, daß das Heer nicht unbesiegbar ist. Die Guerilla muß so beweglich wie möglich sein, um Umzingelungen zu entgehen. Das Prinzip der Gemeinsamkeit herrscht vor. Die Beute gehört der gesamten Bewegung. Zwölf ist die geringste Zahl der Kämpfenden.²⁰ Zu größeren Aktionen schließen sich mehrere Gruppen zusammen. Danach kehren sie wieder in ihr Operationsgebiet zurück. Mit mehr als 100 Guerilleros bil-

17 Offensichtlich hält er diese Maxime selbst nicht ein, denn es muß angenommen werden, daß zu jener Zeit (1964) und bis heute (1981) nur regionale Voraussetzungen gegeben waren und sind. Das politische Bewußtsein des Volkes sowie ihrer (kommunistischen) Führer (vor allem in der Stadt) und daher auch die Organisation (KP) waren nicht so weit entwickelt, daß sie damals an vielen Fronten gleichzeitig bereit und fähig gewesen wären, die militärische Herausforderung zu ergreifen und der Repression relativ gut organisiert entgegenzutreten. Selbst wenn die nationale Voraussetzung existiert hätte, wie es Marulanda interpretiert, wollte die KP-Führung die Guerillatätigkeit nicht ausdehnen, sondern auf Selbstverteidigung einfrieren (V. Autores, 1975, 66–67).

18 Hier ist wohl bemerkbar nur die Rede von der KP-abhängigen Guerilla von 1949–1964. Weiter unten werden die Unterschiede zur castristischen Guerilla und zur EPL hervorgehoben.

19 Marulanda, in: Arenas, 1972, 99.

20 An einer anderen Stelle spricht Marulanda von zehn bis zwölf (in: Arenas, op. cit., 97).

den sich »destacamentos«. Wenn die Bewaffneten auf 200 bis 300 ansteigen, werden die ersten Kommandos²¹ gebildet. Das Kommando wird von der Versammlung der Guerilleros bestimmt. Wenn genug Land dauerhaft erobert ist, wird eine eigene Versorgung mit Werkstätten aufgebaut und die Arbeit klar aufgeteilt. Alle Erzeugnisse werden nach einem Plan des Oberbefehlshabers verteilt. Waffen und Geräte sollen allmählich selbst hergestellt werden. Ein Krankenhaus wird eingerichtet und Kleider sind je nach Bedarf zu verteilen. Im Lager bleibt ein Dienstoffizier, ein dienstuender Wachposten mit Ablösung und eine ihm unterstellte Wachmannschaft. In der Kommandantur wird ein Hauptkoch benötigt, ein Sanitäter, ein Friseur, ein Eseltreiber, ein Militärausbilder und ein Verantwortlicher für Hygiene. Dies sind die normalen Funktionen. Für Sonderaufgaben gibt es eigene Abordnungen. Müßiggang wird nicht geduldet. Der politische Ausbilder darf nicht fehlen. Es wird Politik und Militärkunde unterrichtet. Lesen und Schreiben wird den Analphabeten beigebracht. Alles wird einer internen Regelung mitsamt Stundenplan unterworfen. Ein Kommando erhält und gibt nur Aufträge in Übereinstimmung mit dem Oberbefehl. Neue Probleme sind sofort vom Kommando zu untersuchen, um rasche Lösungen zu finden. Jeder Kommandant ist gezwungen, Tag und Nacht im Interesse der gemeinsamen Sache zu arbeiten, sein Wissen zu vermehren und die Politik der Partei zu beherrschen.²² Diese Organisationsprinzipien kennzeichneten die Struktur der Guerilla, die sich verstärkt herausbildete, als die Repression zunahm. Sie spiegelt gleichzeitig die Disziplin wider, die in den Rückzugsgebieten auch die Zivilbevölkerung erfaßte. Allein dies zu erreichen, bedeutete in einem Land wie Kolumbien eine beachtliche Innovation.

2.2.4 »Unabhängige Republiken« oder »Zonen der Selbstverteidigung«?

In der Einleitung zum Tagebuch des Guerillero Jacobo Arenas heißt es, reaktionäre Kreise würden die Campesino-Bewegung in Marquetalia, Riochiquito, El Pato, Guayabero, Tequendama und Sumapaz in verleumderischer Weise »unabhängige Republiken« nennen.²³ Andere Autoren interpretieren diese Bezeichnung als Schritt zur Rechtfertigung der Bombardierungen. Die sog. Verleumdung wird Alvaro Gómez Hurtado zugeschrieben. Im Sinne des Staatsrechts lagen keine selbständigen Staaten vor, da es der Bewegung an klar abgegrenztem Gebiet, einem eigenen Volk und einer Staatsmacht fehlte. Auf beiden Seiten der verschwommenen Klassenkampffronten lag Polemik und Unterstellung vor: Die »linken« Urheber solcher Anklagen verkannten den über Generationen entwickelten Spürsinn konservativer und liberaler Herrschaftsbewahrung. Was im Ziel der kommunistisch orientierten Campesino-Bewegung unmißverständlich programmatisch festlag, hatten die Campesinos bereits mehr als keimzellenhaft verwirk-

21 Bei dem »Ejército de Liberación Nacional« (ELN), das damals schon vorbereitet wurde, zählt ein »comando« im Normalfall rund 80 Bewaffnete. Jedes Kommando schickt seinen Führer in das übergeordnete Entscheidungs- und Koordinationsgremium, das sich bildet, wenn mehrere Kommandoeinheiten entstanden sind.

22 Arenas, op. cit., 96–104.

23 Op. cit., 12.

licht – nämlich die Befreiung (bis heute) im Sinne einer größeren geographischen Distanz von der Regierung, ihrer ausführenden Organe und deren Kontrolle. Damit waren die Bauern sicherer vor der ständigen Gefahr verschiedenster Formen der Verfolgung. Wenn die Untersuchungskommission des Repräsentantenhauses 1933 die Hacienda Sumapaz sowie die meisten anderen Haciendas in Tolima und Cundinamarca als »Staat im Staat« bezeichnete, so konnte eine »befreite« Region ähnlichen Ausmaßes von Inhabern traditioneller Machtpositionen ebensogut »unabhängige Republik« genannt werden. Diese Bezeichnung ist bezüglich ihres politischen Ziels nicht nur genauer, sondern dient auch als Warnruf. Er hat politische Funktion, indem er hinweist auf eine unmittelbare Gefahr für den gesamten Herrschaftsbestand. Die Warnung führte zu politischer und militärischer Gegenstrategie. Häufig werden die »unabhängigen Republiken« auch »Zonen der Selbstverteidigung« (»autodefensa«) genannt. Da diese letztere Form des Zusammenlebens nicht neu ist und ähnliche Formen schon bald nach 1949 entstanden sind, wird diese Bezeichnung hier nicht übernommen. Das Konzept deutet um 1960 auch mehr auf die Bremswirkung der KP gegenüber dem revolutionären Potential ihrer Anhänger und Sympathisanten auf dem Land hin als auf die Eigendynamik, die die Campesinos in den ersten Guerillaformationen ab Ende der vierziger Jahre bis 1964 entwickelt hatten. Beide Strömungen gehen ineinander über. Zu Anfang hatte die liberale wie die kommunistische Guerilla primär Defensivfunktion. Ausgenommen sind einige programmatische Erklärungen der »Ersten Nationalen Guerillakonferenz« im Jahr 1952.²⁴ Zusammenfassend kann festgehalten werden: Mehr als eine staatsrechtliche Wirklichkeit waren die »unabhängigen Republiken« eine Keimzelle für eine potentiell staatsgefährdende Opposition, Provokation für die traditionellen Machträger und Vorwand für die Reaktion der Regierung, auf die später zurückgekommen wird. Sie sind territoriale Einheiten, in denen die Regierung bis heute unmerklich Einfluß verliert bzw. ihn in den neuen Siedlungen nie erhält. Die nationale Desintegration erfolgte nur in bezug auf das gesamte Staatsgebiet, da sie sich in vielen Zonen entwickelte, die nicht oder nur wenig national integriert waren. Desintegration wurde hier vielmehr zur Entwicklung alternativer Institutionen in Zonen ohne oder mit geringer Regierungskontrolle. Was in den ersten Jahren immer wieder in KP-Veröffentlichungen als Ziel deklariert worden war, wurde später in denselben Zonen des Rückzugs und von marxistisch-leninistischen Oppositionsbewegungen geheim vorangetrieben. Auf die frühere Transparenz folgten geheime Handlungen, die sich über viele Jahre hinzogen, bevor sie sich – unter anderen Zielen (z. B. über Gewerkschaften) – in der Öffentlichkeit manifestierten.²⁵ Entwicklungspolitische Alternativen in national kaum integrierten Zonen oder Sektoren

24 Marulanda, 1973, 95–102.

25 Von einem Oppositor, der über die neuen Einflußzonen informierte, wurde mehrmals betont, wie wichtig es sei, daß man in der Öffentlichkeit von vielen Entwicklungen nichts weiß. Dieser Eindruck wurde gezielt hervorgerufen, so daß vielfach – auch unter Sozialisten anderer Gruppen und Bewegungen – die Meinung vertreten wird, es gäbe nur noch ein paar wenige Guerilleros. Dies entspricht einem der Prinzipien des »Código de Maceo« aus dem kubanischen Unabhängigkeitskampf. Der Eindruck der Bedeutungslosigkeit hat somit eine strategische Funktion.

haben hier vor allem zwei Funktionen. Diese sollen am Beispiel der Rückzugsgebiete der Campesinos erläutert werden. Sie gelten jedoch grundsätzlich für jeden Gesellschaftssektor und ermöglichen ökonomische wie politische Optionen.

Oberstes ökonomisches Ziel beim Aufbau einer alternativen Gesellschaft ist es – ausgehend von der Subsistenzsicherung –, ein menschenwürdiges Dasein anzustreben. Damit orientiert sich die Politik einer Bewegung an den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung und nicht an den Luxuswünschen einiger weniger, wie es in der Regel in Ländern des peripheren Kapitalismus geschieht. Erster Schritt zur Subsistenzsicherung bestand in diesen Zonen darin, daß sich die Campesinos die Verfügungsgewalt über das wichtigste Produktionsmittel, den Boden, genommen haben, wobei sie politisch und organisatorisch vor allem von der Kommunistischen Partei Kolumbiens (KP) unterstützt wurden.

Zur Arbeitsfähigkeit einer solchen Bewegung ist eine Selbstfinanzierung unerlässlich. Die Organisation kann ihre ökonomische Unabhängigkeit durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten, z. B. Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, gewährleisten. Außerdem kann sie über spontane freiwillige Unterstützung durch die Campesinos im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten erfolgen. Problematisch jedoch ist eine dritte Möglichkeit der Selbstfinanzierung, wie es die KP nach Augenzeugenberichten in diesem Fall praktiziert haben soll. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurden die Bauern unter dem Vorwand sozialistischer Ideale zu Abgaben gezwungen.

Hinter der Entscheidung über die Art der Selbstfinanzierung einer Trägerorganisation – sei es, wie eingangs erwähnt, eine private Institution, eine soziale Bewegung (hier die KP) oder eine koordinierte Aktion zwischen beiden – verbirgt sich die (Vor-)Entscheidung für ein bestimmtes Demokratieverständnis. In dem hier behandelten Fall zeigte sich in der Organisationsstruktur, dem Entscheidungsbildungsprozeß und der Art, wie die Selbstfinanzierung erzwungen wurde, daß zwei sich ausschließende sozialistische Demokratiemodelle implizit vorhanden waren: es entstand eine Diskrepanz zwischen den Zielen und Entscheidungen der Trägerorganisation (hier der KP) einerseits und denen der Mobilisierten bzw. Betroffenen andererseits. Auf demokratische Modelle reduziert, kann gesagt werden, daß der demokratische Zentralismus der KP einen Eingriff der lokalen Parteimitglieder in den politischen Prozeß verhinderte, während dies eine Rätedemokratie zumindest lokal durch eine permanente Kontrolle erlaubt hätte.²⁶

Politisch verhindert in »autonomen« Zonen die relative Abwesenheit des Staatsapparates eine permanente Vertreibung von Siedlern. In ganz Lateinamerika war und ist die Vertreibung ländlicher Bevölkerungsgruppen eine der wichtigsten Maßnahmen zum Erwerb oder zur Ausdehnung von Haciendas. Die Tatsache, daß derartige Vertreibungen verhindert werden können, ist identisch mit einer strukturbrechenden Politik, die den entscheidenden Machtblock in der lateinamerikanischen Agrargeschichte, nämlich die Haciendas und ihre in der nationalen und internationalen Politik verankerten Interessenverbände, schwächen, in Schranken verweisen oder abschaffen. Die relative Abwe-

26 Vgl. zum Konzept des Rätesystems: Naschold, 1969, 24–28, und zum Konzept des demokratischen Zentralismus: 30–32, sowie Meyer, 1965. Zu einer ausführlicheren Diskussion der Räteproblematik: Ertl, 1968.

senheit des Staatsapparates bedeutet relative Freiheit von Repression. Dies sollte als wichtigstes politisches Ziel einer sozialen Bewegung betrachtet werden. Relative Freiheit von Repression blieb z. B. erhalten, als die Campesinos in den »unabhängigen Republiken« Marquetalia und El Pato Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von Brücken und Straßen verhinderten, wodurch sie Regierungsvertretern räumlich und politisch den Zugang zu ihren Regionen versperrten und damit staatliche Infiltration in ihren Regionen erschwerten oder unmöglich machten.

Da Politik jener Bereich ist, in dem Prioritäten und Präferenzen entschieden und durchgesetzt werden, geht es nicht nur um das Ziel der Freiheit von Repression, die aus politischer Sicht das Überleben garantiert. Es geht auch als Folge der Freiheit von Repression um Meinungs- und Organisationsfreiheit als Voraussetzung jener autonom zu entwickelnden lokalen Institutionen, die in der Lage sind, eine Strategie der self-reliance lokal umzusetzen. Die Organisationsfreiheit wurde z. B. von der kolumbianischen Zentralregierung in den fünfziger und sechziger Jahren unterbunden: Campesinos wichen der Repression der Hacendados und des Staatsapparates aus und gründeten im Urwald eine »autonome« Zone Riochiquito. Dort beabsichtigten die Siedler keine Totalopposition gegenüber der Zentralregierung, sondern bauten ihre Gemeindestrukturen nach basisdemokratischen Zielen auf, d. h. selbstbestimmt erstens durch Auswahl der Zone und zweitens durch Entscheidung über die Präsenz einer neuen politischen Organisation (KP). Dennoch wollten sie sich in die nationale Gemeinschaft einordnen und beantragten deshalb die Entsendung eines Bürgermeisters und Pfarrers, welche vom Gouverneur bzw. dem Bischof ernannt werden sollten. Dadurch entstand die Möglichkeit einer Kontrolle von außen. Statt diese Versuche von Selbstorganisation durch Entsendung lokaler Vertreter von Staat und Kirche anzuerkennen, wurde die Zone unter der Annahme sowjetischer Infiltration bombardiert. Als Folge radikalierte sich die Bevölkerung und wurde über die moskautreue KP in eine faktische Allianz und Abhängigkeit mit und von der Sowjetunion getrieben. Dieser politische Prozeß, der in den dreißiger Jahren begann, führte kontinuierlich zur Entwicklung der ältesten und stabilsten Campesino-Guerilla der lateinamerikanischen Geschichte.²⁷

Die von den Siedlern erwünschte Interaktion verschiedener lokaler Institutionen innerhalb der »autonomen« Zonen wurde von den staatlichen Organen unterbunden. Ganz allgemein muß in allen national nicht voll integrierten Regionen und Sektoren eine solche Interaktion als eine Vorbedingung für Selbstorganisation berücksichtigt werden, sofern nicht eine einzige multifunktionale Institution vorhanden ist. Im Interesse einer kontinuierlichen lokalen Eigenständigkeit im Sinne einer Basisdemokratie, wie sie oben dargestellt wurde, können – analog diesem Fall – Landbewohner, die auf dem Boden der Verfassung stehen, dazu gezwungen werden, sich gegen regelmäßig wiederkehrende Repression bis zur Vertreibung selbst zu verteidigen. Die historische Erfahrung vor dem Errichten der »unabhängigen Republiken« hatte nämlich gezeigt, daß das Pochen auf Ge-

27 Marulanda, op. cit.; Moßmann, 1979, 144 ff.

setze und Verfassungsgrundsätze seitens der Campesinos den Massen nichts half und sich gegenüber ihren Führern so auswirkte, daß sie wie Vagabunden²⁸ behandelt und de facto vogelfrei wurden. Selbstverteidigung²⁹ im Sinne der Notwehr ist unter derartigen Bedingungen eine weitere Voraussetzung, self-reliance zu verwirklichen. Aus theoretischer und entwicklungsstrategischer Sicht haben autonome oder halbautonome Gesellschaftssektoren oder Regionen eine nicht zu unterschätzende, aber meist übersehene Funktion im Sinne der »asiatischen« bzw. der »andinen« Produktionsweise. Traditionelle Bindungen und Institutionen wie die »mingas«³⁰ in indigenen »cabildos« (Dorfräten) ermöglichen eine selbsttätige Entwicklungspraxis, indem sie gegen schädliche Außeneinflüsse

- ein Resistenzpotential bilden und
- alternative, neotraditionale sowie modernistische Lösungswege suchen. In diesem Sinne verstärken Strukturen der »asiatischen« Produktionsweise Eigenanstrengungen.³¹

3. Kolumbien als Katalysator revolutionärer Prozesse

3.1 Hypothese

Als Synthese vergangener Entwicklungstendenzen, die in alltäglichen politischen Entscheidungen und Prozessen in und über Kolumbien hinaus weiterwirken und die Zukunft zu bestimmen versuchen, soll nachfolgend eine Hypothese dargestellt, begründet und problematisiert werden. Es wird der schwierige Versuch unternommen, zukünftige Entwicklung in Umrissen aus der Tradition der Klassenkämpfe Kolumbiens und der Rolle des Staates als Reaktion auf soziale Bewegungen futurologisch im geopolitischen Kontext zwischen der Karibik und den Andenländern zu kennzeichnen. Selbstverständlich geht es nicht um Details oder einzelne Allianzen, sondern um die Grundstruktur. Zukunft wird gesehen als Fortentwicklung vergangener und gegenwärtiger, bewußter, halb-bewußter und unbewußter Ereignisse und Prozesse, die intern wie extern bestimmt werden.

Es wird versucht, eine für wahrscheinlich gehaltene Entwicklung, so objektiv wie möglich – und relativ unabhängig von der Meinung und Haltung des Verfassers – herauszuarbeiten.

28 Der Campesino Führer Victor J. Merchán ist einer der ersten Oppositionellen, der in den dreißiger Jahren durch das »ley contra la vagabundancia« zur Zwangsarbeit verurteilt wurde. Vgl. seinen Erfahrungsbericht: 1975.

29 Selbstverteidigung (autodefensa) war in Kolumbien die erste bewaffnete Etappe, die der Vorwärtsstrategie der Campesino-Guerilla vorausging. Letztere wird hier als verfehlt betrachtet, sofern keine rational begründeten Aussichten auf einen relativ kurzfristigen Machtwechsel bestehen.

30 Mingas sind lokale Arbeitsgemeinschaften im Sinne traditioneller Selbsthilfegruppen der Indios – z. B. für Erntearbeit und Häuserbau.

31 Leggewie, 1975, 116–119.

Die Hypothese lautet nunmehr wie folgt:

Der Guerillakampf ist in Lateinamerika weder ein bloßes Mittel im nationalen Befreiungskampf noch ein nur an wechselnden Fronten ausgetragener bewaffneter Konflikt. Er ist nach wie vor eine Kampfform eines kontinentalen Krieges, vergleichbar mit dem Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier im letzten Jahrhundert. Kolumbien spielt in diesem Krieg erstens eine Schlüssel- und Transmissionsfunktion für die revolutionären Prozesse Lateinamerikas zwischen Mittelamerika, der Karibik und den südlichen Andenländern. Zweitens besitzt es seit Jahrzehnten jene Art eines Ausgangspunktes, an dessen Konstruktion Che Guevara in Bolivien scheiterte.

3.2 Begründung der Hypothese

3.2.1 Erläuterungen

Entwicklungstendenzen dieser Art sind in der Zeitspanne von Generationen zu sehen. Kolumbiens Rolle als Katalysator revolutionärer Prozesse sagt noch nichts aus über baldige Erfolgsmöglichkeiten. Sie sind lediglich analog zu dem Auftauchen und Ersticken der Massenstreikbewegung zu sehen, wie sie R. Luxemburg für die russische Revolution von 1905 analysiert hat (vgl. 5.4).

Um die Stellung Kolumbiens als Katalysator für Transformationsprozesse besser zu verstehen, ist es wichtig, den »foquismo« und den Stellenwert revolutionärer Prozesse für die spezifische Transmission im kolumbianischen Kontext zu klären: der »foquismo« oder die Focus-Strategie ging in Anlehnung an die erfolgreiche kubanische Guerillaerfahrung davon aus, es genüge zunächst – wie Che Guevara schrieb: »Zu Beginn eine mehr oder weniger bewaffnete, eine mehr oder weniger homogene Gruppe³² zu haben. Oder wie ein Kolumbianer nach dreizehn Jahren der Opposition sich erinnerte: »Erramos tres verracos, pensando que el gobierno es una mierda y que hay que tumbarlo.«³³ Nach dieser Antwort auf die Frage, wie die castristische Guerilla in Kolumbien begann, mußte der Verfasser lachen. Daraufhin korrigierte sich der Informant und gab zu, es seien schon etwa 20 Männer gewesen, die die Regierung »beschissen« fanden und meinten, man müsse sie stürzen. Die militärische Focus-Strategie, die hinter derartiger Spontaneität lag, basierte zunächst bloß auf Bewaffneten, denen sich massenweise Campesinos anschließen sollten. Information, Medikamente, Waffen und Nachschub jeglicher Art zu besorgen, war die Aufgabe der »cellulas urbanas«. Die Nichtexistenz einer Partei mit städtischer Basis ist im Vergleich mit den orthodoxen KPs und das Fehlen einer politischen Organisation auf dem Land im Vergleich mit der Praxis maoistischer Gruppen ein wesentlicher Unterschied zur kubanischen Guerillastrategie.

32 Mercier, 1971, 208–209.

33 »Wir waren drei mutige Kerle, dachten, die Regierung sei Scheiße und müsse gestürzt werden.« »Verraco« und »verraquera« werden in Kolumbien umgangssprachlich positiver verwendet als in anderen Ländern und beziehen sich meist auf bewundernswerte Handlungen.

Ein Hauptunterschied liegt in der Stellung des Militärapparates: Er dominiert bei der ELN, die keine Partei oder politische Organisation aufgebaut hat. Bei der FARC dominiert die Partei, die über Militäraktionen weitgehend bestimmt hat – vor allem in den fünfziger Jahren. Bei maoistischen ML-Gruppen führt angeblich eine politische Organisation alle wesentlichen Entscheidungen herbei. Das Fehlen der politischen Organisation erschwert die ELN eine langfristige Verankerung ihrer Bewegung im Volk, nachdem die erhofften militärischen Erfolge im Sinne eines Umsturzes ausblieben.

Unter revolutionären Prozessen ist hier zu verstehen, daß sich die Bevölkerungsmehrheit bzw. ihre »lideres« erstens so organisieren, um die Verfügungsgewalt und die Kontrolle über die Produktionsmittel, die Produktion und die Distribution schrittweise zu erlangen, wie dies in den »autonomen« Zonen der Fall ist. Der Prozeßcharakter dieser Entwicklung schließt selbstverständlich ein, daß partielle Revolutionsstrategien bereits in vorrevolutionären Situationen erfolgreich durchgeführt werden können.³⁴ Trotz Repression sind Handlungsspielräume vorhanden, die den Aufbau einer neuen Gesellschaft schrittweise ermöglichen. Riesige, national nicht integrierte ländliche Gebiete ermöglichen z. B. diesen Entwicklungsprozeß, vorausgesetzt, es gibt geeignete Basisorganisationen, die mit allen relevanten Gesellschaftssektoren koordiniert werden. Zweitens sind revolutionäre Prozesse zu betrachten unter dem Gesichtspunkt, welche Kampfformen am meisten Erfolg versprechen. Diese ergeben sich aus den konkreten Bedingungen der jeweiligen Gesellschaftsformationen bzw. in größeren Ländern aus der Geschichte und den Produktionsweisen, die in unterschiedlichen Ausformungen innerhalb einzelner Regionen eines Landes vorhanden sind. Diese interne Differenziertheit war z. B. eine Ursache für die Spaltung marxistisch-leninistischer Gruppen in Kolumbien. Unterschiedliche strategische Auffassungen ergaben sich auch aus verschiedenartigen Erfahrungen und Umweltbedingungen. Aus dieser Tatsache und auch aus anderen insgeheim koordinierten Aktionen sozialer Bewegungen in Kolumbien kann geschlossen werden, daß Spaltungen, die in der Öffentlichkeit als solche erscheinen, in der Alltagspraxis kluger Einsicht entspringen können und nicht selten zu einer effizienten Arbeitsteilung führen. Voraussetzung ist allerdings, daß die betreffenden oppositionellen Gruppen oder Bewegungen sich nicht gegenseitig die Zone und Mitglieder wegnehmen, wie dies die KP gegenüber anderen sozialistischen Bewegungen und der Guerilla tut, und daß die betreffenden Gruppen oder Bewegungen ihre Aktionen abstimmen und später erneut Allianzen eingehen.

Unter Transmission ist der Austausch von Erfahrungen sowohl im Organisationsaufbau, der Strategie, der taktischen Allianzen, der bewaffneten als auch der geheimen Oppositionsarbeit zu verstehen. In dieser Hinsicht übernehmen kolumbianische Gruppen seit Jahren eine strategische Funktion z. B. in Zusammenarbeit mit und im Training von Chilenen, die evtl. eine Rolle spielen könnte bei der Art, wie Pinochet abgelöst werden wird.

34 Vgl. diesen, aus mehreren Fällen abgeleiteten entwicklungsstrategischen Entwurf für eine begrenzte Autonomie sozialer Bewegungen: Moßmann, 1980.

Wie wenig diese Rolle Kolumbiens bekannt ist, verrät der abschätzige Kommentar R. Debrays³⁵ über die Campesino-Guerilla Kolumbiens, die zwar existiere aber nichts bewirke. Wer die abenteuerliche Schnelligkeit seines Unterfangens an der Seite Che Guevaras in Bolivien vergleicht, muß sich fragen, ob Che Guevara und Debray nicht auch deshalb gescheitert sind, weil sie eine zentrale Erfahrung aus der kubanischen Geschichte nicht berücksichtigten – nämlich die Empfehlungen des Código de Maceo aus dem Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier, in dem es heißt, es müsse der Eindruck erweckt werden, daß es nur noch einige wenige Guerilleros gebe, die nichts bewirken (wie Debray im Fall Kolumbien meint). Inzwischen erstrecken sich allein die Zonen der FARC von der Grenze Ekuadors bis nach Panamá. Ist dies nichts? Diese Strategie wurde vom Volk – hier den Campesinos – durchgesetzt gegen philosophierende städtische und europäische (!) Intellektuelle vom Schlag jenes Franzosen . . . Die Moskauer Strategen scheinen die langsame Ausdehnung jener FARC-Zonen in ihrem Sinn positiver zu beurteilen. Die elf kolumbianischen Botschaftsmitglieder in Moskau gegenüber den 95 sowjetischen in Bogotá sind nur ein Indiz von der Bedeutung, die die KPdSU Kolumbien beimitzt.³⁶

3.3 Zur empirischen Überprüfung

3.3.1 Fünfzig Jahre extern gesteuerte kommunistische Bewegung

Begründung und empirische Überprüfung der Hypothese sind in engem Zusammenhang zu sehen mit den Ausführungen unter 3.2. Außerdem ist folgendes zu beachten: Die heutige Strategie bewaffneter Bewegungen die wenig bekannt ist, ist nicht gleichzusetzen mit der Methode des »foquismo«, die als überholt gilt. Ihr Scheitern in den sechziger Jahren dokumentiert die Ineffizienz und die Nicht-Übertragbarkeit positiver kubanischer Erfahrungen als Rezept für einen ganzen Subkontinent. Die praktizierten Kampfformen basieren auf innerkolumbianischen Erfahrungen einer über 50-jährigen Geschichte der kommunistischen Bewegung. Diese Bewegung wird oder wurde gern – auch gerade von kolumbianischen Sozialisten – belächelt, weil sie ihre Bedeutung verkannt haben. Meist identifiziert man diese Bewegung mit der reformistischen KP, die einerseits sehr wenige Prozente Wahlstimmen erhält und andererseits als Partei fünf Jahre nach ihrer Gründung 1935 aufgehört hat eine fundamental-antibürgerliche Oppositionspartei zu sein.³⁷ Die kommunistische Bewegung Kolumbiens kann nur verstanden und in ihrer strategischen Bedeutung richtig eingeschätzt werden, wenn ihre drei internen Pfeiler berücksichtigt werden:

1. Nach außen sichtbar ist die KP. Sie ist reformistisch. Deshalb darf sie seit 50 Jahren offen agieren, sich an Wahlen beteiligen und Mitglieder werben. Diese Funktion ist langfristig lebenswichtig für eine Opposition, was oft übersehen wird.

35 Debray, 1975 b, 70/71.

36 El Marqués de Valdelomar, 1972, 209–210.

37 Vgl. hierzu Meschkat, 1980, 101 ff. und Moßmann, 1979, 116 ff.

2. Mehr Mitglieder als Wähler hat die 1964 gegründete kommunistische Gewerkschaft CSTM, obwohl sie erst 1974 legalisiert wurde!! Die Aktionen der Partei werden am Arbeitsplatz weitergeführt. Loyalität, Organisationsdisziplin und Kohäsion der Bewegung, Stärken der KPs, werden über Jahre und Generationen gepflegt.
3. Die Campesino-Guerilla, FARC, entwickelte sich in den ländlichen KP-Zonen und ist vermutlich weniger ein Ergebnis bewußt gewollter KP-Strategie als vielmehr das Ergebnis des Strategiebewußtseins, der politischen Klugheit und der alltagsorientiert-historischen Erfahrung und Einsicht der Campesinos in die Komplexität wie Funktionsweise des Systems, die bis heute vielen städtischen Intellektuellen fehlt.³⁸

Auf diesen drei Pfeilern ruhen die historische Erfahrung und die organisatorische Stärke der kommunistischen, moskautreuen Bewegung. Diese soliden Pfeiler, seit Generationen erprobt durch Scheitern und partielle Erfolge, begründen die heutige Schlüsselstellung dieser Bewegung in Kolumbien. Ihre Stärke erhöht sich durch einen vierten externen Pfeiler, der diese Bewegung trägt, fördert und lenkt: die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU).

3.2.3 Interne Bedingungen

Die Realisierung der skizzierten Richtung revolutionärer Prozesse wird – abgesehen von der internationalen Konjunktur – maßgeblich beeinflußt werden von folgenden internen Bedingungen:

1. von der geographischen und geopolitischen Lage; die drei Andenzüge und die Llanos Orientales bieten ein für einen langen Guerillakampf hervorragend geeignetes Territorium. Es dehnt sich im Süden von der Grenze mit Ecuador bis im Norden zur Grenze nach Panamá aus und vom Pazifik bis zum Amazonasgebiet. Zwischen den sich entfaltenden Klassenkämpfen in Mittelamerika und der Karibik und den im Umbruch befindlichen oppositionellen Formationen im Andenraum südlich Kolumbiens liegt eine stabile Einflußzone einer KP: seit drei Jahrzehnten gibt es autonome oder quasi-autonome Zonen, die größer sind als das Territorium der Schweiz.³⁹ Wenn sich auch ihre Grenzen wegen Repression und/oder Selbstauflösung der sie beherrschenden Bewegungen verändern, so ist einmal zu berücksichtigen, daß die Tendenz im Volk, die auf bewaffneten Kampf drängt, einer historischen Tradition konservativer und liberaler Guerillakämpfe und Bürgerkriege des 19. und 20. Jahrhunderts folgt.⁴⁰ Zum anderen entspricht die Planung des Guerillakampfes der Konzeption mehrerer Bewegungen.⁴¹
2. Diese Tendenz im Volk und in der Konzeption straff organisierter Bewegungen und Organisationen entspringt, wie bereits mehrfach hervorgehoben, der langen Guerilla-

³⁸ Vgl. z. B. das gesamtgesellschaftlich orientierte Problemverständnis des ehemaligen liberalen Guerillero und späteren Bauernführers J. Londoño in seiner Rede vor FAO-Experten in Lima – in: Feder, 1973.

³⁹ Vgl. Moßmann, 1980.

⁴⁰ Tirado, 1976.

⁴¹ Autores, 1975.

tradition, die weiter zurückreicht als die Gründung der traditionellen Parteien um 1850. Etwas überspitzt könnte argumentiert werden: Guerillakampf entspricht der kolumbianischen Kultur mehr als das Ringen um Konsensus mit dem politischen Gegner – etwa über Wahlen, die dem Gegner echte Chancen für einen Machtwechsel einräumen.

3. Seit Jahrzehnten gibt es erprobte Trainings- und Schulungszentren in autonomen und quasi-autonomen Zonen, den sog. unabhängigen Republiken, die 1964 trotz Napalm-Abwurf nicht zerstört werden konnten.

Die Existenz einer erfahrenen, beweglichen Guerilla und relativ sichere Rückzugsgebiete bieten der lateinamerikanischen Revolution eine Ausgangsbasis, wie sie sich Che Guevara für Ostbolivien nur hätte erträumen können. Kolumbien trat daher (aus Moskauer Sicht) bereits die strategische Nachfolge Boliviens der späten 60er Jahre an, wovon sich sternförmig der revolutionäre Prozeß ausbreiten sollte.⁴² In Kolumbien werden Guerillaführer anderer Länder Lateinamerikas ausgebildet, die die Erfahrungen jener Kolumbianer vermittelt bekommen, die seit vielen Jahren stabile Organisationen aufbauten, ohne daß sie zerstört werden konnten.

3.3.3 Die FARC – eine Lanze Moskaus

Die schlagkräftigste unter den aktiven Guerillaformationen ist die KP-treue und damit moskauorientierte Bewegung, die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC). Sie wurde in Cuba und Nordvietnam ausgebildet und kann als die stabilste, am besten trainierte Campesino-Guerilla angesehen werden, die es in der lateinamerikanischen Geschichte je gab. Die Überlebensfähigkeit gegenüber der Repression läßt auf eine größere Stabilität als die jener Guerillastreitkräfte in Mittelamerika schließen, die relativ kurzfristig Erfolg hatten. In Kolumbien überlebten sie nicht nur die von der US-Counterinsurgency vor dem Vietnam-Krieg erprobten Methoden. Sie trotzten auch einer beträchtlichen Zahl von Umzingelungen durch große Heeresteile. Da sich die Umzingelungen mehrmals öffneten, muß geschlossen werden, daß wichtige Heeresteile die Schlacht gegen das eigene Volk nicht siegreich beenden wollten und wollen . . . Hierfür sprechen auch die kleinen Munitionsmengen, die z. T. von Soldaten (nicht von ihren freiwilligen Anti-Guerilla-Gruppenführern!) auf ihrer Anti-Guerilla-»Verfolgung« absichtlich zurückgelassen werden! Der Ursprung dieser Campesino-Guerilla, der FARC, geht bis ins Jahr 1949 zurück. Obwohl sie ihren Namen erst später erhielt, ist Manuel Marulanda Vélez seither als ihr unangefochtener Führer zu sehen. Er und seine heutigen Kolonnenführer kennen die Anden besser als die technologisch perfektste Anti-Guerillatruppe. Es kann davon ausgegangen werden, daß die FARC zwar durch Repression zu dezimieren ist. Militärisch ist sie jedoch nicht zu besiegen, was sie nicht schützt vor politischen Fallen, in die einige ihrer Führer – einschließlich Marulanda – in den fünfziger und sechziger Jahren fielen, z. T. darin umkamen, gefangen genommen wurden oder die

42 Debray, 1975.

(zeitweise) Auflösung und Waffenniederlegung befürworteten, obwohl davon ausgegangen werden kann, daß beträchtliche Teile des Campesinado nicht damit einverstanden waren . . . Das Argument, Bauern wollten lieber zu ihren Parzellen zurückkehren,⁴³ ist ebenso glaubwürdig wie irreführend, da ein schweres Versäumnis der KP- bzw. der Guerrillaführung dieser Strategie zugrunde lag.⁴⁴ Das Versäumnis ist erstens darin zu sehen, daß es die Aufgabe einer revolutionären Partei ist (was die KP zu sein beansprucht), »die politische Bewegung der Massen zu entwickeln, und nicht hinter der politisch rechtlosen Masse einherzutragen«,⁴⁵ wie es das ZK der KP-Kolumbiens gegenüber den sich bewaffnenden Campesinos tat. Zweitens fehlt der KP die Einsicht der europäischen Rätebewegung, die einsah, daß sie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch Vorsorge für die von ihr Mobilisierten treffen muß.⁴⁶

4. Kritik an bewaffneten Bewegungen

4.1 Von der Kritik an Che Guevara zur Kritik an M-19

Trotz und gerade wegen der kontinuierlichen historischen Entwicklung und Häufung der Guerilla-Bewegungen in Kolumbien ist aus politischer Verantwortung eine historische und humanitär fundierte Kritik unerlässlich. Die neueste, von breiten Volksmassen begeistert aufgenommene Guerilla-Bewegung ist das seit 10 Jahren im Aufbau befindliche »Movimiento 19 de Abril« (M-19). Es scheint, daß auch sie wiederum Fehler begeht, die bereits gemacht wurden. Auch nach den ELN-Erfahrungen in mehreren Ländern und nach dem Tod Che Guevaras als herausragendes Ereignis einer als gescheitert erachteten Focus-Strategie, ist dieselbe Gefahr der Verantwortungslosigkeit, wie sie vor allem auch in Bolivien festgestellt werden konnte, keineswegs gebannt. Das Beispiel von 1967 zeigt, daß

1. Die Opposition aus unterschiedlichsten Gründen wie z. B. mangelnde Erfahrung, schlechter Organisation, blindem Revolutionsglauben und einer falschen Methode, die aus fremden Kulturen und fernen Ländern oder Theorien Handlungsanweisungen für die politische Praxis ableitet, unfähig war, Warnungen aus der Umwelt aufzunehmen. Dies bedeutet, daß sie in vielen Fällen nicht in der Lage war, zu erkennen, wann Konflikte bzw. provozierte Repression das Überleben einer großen Zahl der von ihr Mobilisierten sowie der gesamten Bewegung bzw. Organisation gefährdet.
2. Die Grenzen des Handlungsspielraums, die günstigen und ungünstigen Orte, geographische Räume mit Möglichkeiten für Konflikte werden auch durch Eigenverschulden nicht gesehen.

43 Guzmán, 1968, 439.

44 Vgl. zu den Fehlern in den fünfziger Jahren das Selbstzeugnis von Marulanda, 1973.

45 Lenin, Bd. 4, 285.

46 Vgl. z. B.: Ertl, 1968.

3. Signale werden daher häufig nicht verstanden, so daß entsprechende Reaktionen im Sinne von Vorsichtsmaßnahmen oder Umwegen bis hin zu alternativen Strategien⁴⁷ nicht gewählt werden können. Derartige Warnsignale werden von Oppositionsbewegungen oft nicht erkannt, gering geschätzt oder verdrängt. Der Tod vieler Mobilisierter ist daher wie z. B. in Anorí/Antioquia oder zuvor durch Che Guevara in Bolivien nicht nur ein Vergehen des Klassenfeindes. Che ist daher in Ostbolivien kein Held der Dritten Welt gewesen, sondern ein verantwortungsloser, durch Fehlplanung das Menschenleben anderer geringschätzender politischer Führer.⁴⁸

Die Tatsache, daß im März 1981 M-19 Guerilleros nach Ekuador ausweichen mußten, nachdem die Repression in Putumayo/Südkolumbien zu stark wurde und die flüchtigen Guerilleros nach dem Grenzübertritt relativ spontan von ekuadorianischen Militärorganisationen ausgeliefert werden konnten an kolumbianische Folterknechte, belegt die These, daß auch nach Che Guevara genau dieselben Fehler gemacht werden: offenbar fehlte es M-19 an sicheren Rückzugsgebieten beidseits der Grenze – wie Che 1967 in Ostbolivien. Es ist zu fragen, ob M-19 ausreichend erfahrene Kämpfer vom Stile eines Marulanda Vélez hat, die nicht mehr den »alborotos de la juventud«, den ungeduldig-illusionären Hoffnungen der Jugend ausgeliefert sind. Die Alters- und Berufsgruppenstruktur der M-19 scheint sich nicht stark von derjenigen der ELN zu unterscheiden, die von städtischen und studentischen Intellektuellen dominiert wurde. Die Auseinandersetzungen im Putumayo scheinen das Dilemma Guevaras zu wiederholen: die massive Konfrontation begann zu früh!

Gab es analog dem Verhalten Chés auch einen Kolumbianer im Putumayo, der begeistert nach den ersten Schüssen aus der Hängematte sprang, weil er nach dem bewaffneten Kampf durstete?⁴⁹

Von außen ist es zweifellos schwierig bis unmöglich zu entscheiden, wann für eine Guerilla-Aktion

1. intern »frei« entschieden wird,
2. ob sie einer Notwehrhandlung entspricht, oder
3. ob sie der Tradition Kolumbiens entspricht, Konflikte bewaffnet auszutragen.

Sicherlich ist es oft unmöglich, die Signale drohender Gefahren und Grenzen der Konfliktfähigkeit in bürgerkriegsähnlichen Situationen zu erkennen. Da es aber zur Verantwortung der Führung einer Oppositionsbewegung gehört, die Massen zu führen und nicht hinter ihnen einherzutragen, wie Lenin in anderem Zusammenhang kritisierte,⁵⁰ ist

47 Bei aller Kritik an der KP Kolumbiens, wie sie hier geäußert wird, ist es ihr Verdienst, auf der Suche nach Alternativen, Repression kaum provoziert zu haben. Insofern stimmt die Kritik aus Moskau, die seit den fünfziger Jahren Guerilleros als Abenteurer bezeichnet. Sie wird dies solange wiederholen, bis jene der KPdSU unterwürfigen Guerilleros den Sieg erringen . . .

48 Zu diesen drei Punkten der Kritik wurde der Verfasser angeregt durch die politische Kybernetik K.-W. Deutschs (1969, 283–291) und durch das bolivianische Tagebuch Che Guevaras im Vergleich mit seiner eigenen Schrift über Methoden des Guerillakrieges (1968 und 1971). Eine Kritik am Vorgehen Guevaras in Bolivien ist nachzulesen im Erfahrungsbericht des letzten Überlebenden: Debray, 1975 a, 69 ff., 82 ff.

49 Der Guerillakommandant Toledo Plata gab ähnliche Fehler nach seiner Gefangennahme in einem Interview zu. Vgl. Siglo, 10. 4. 1981, S. 2.

50 Op. cit.

es die Pflicht der politischen Führung, stets zu versuchen, den Zeitpunkt für eine bewaffnete Aktion relativ autonom zu bestimmen – ungeachtet der Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Falls die Situation von außen richtig beurteilt werden kann, wäre zu fragen, ob es nicht die vordringlichste Aufgabe sein müßte, die Ungeduld der Campesinos, die zum Waffengang drängt, zu bremsen – sofern keine unmittelbare Selbstverteidigung erzwungen wird –, um sie auf konkrete politische und wirtschaftliche Maßnahmen zu lenken, die eine »autonome« lokale Entwicklungspolitik zum Ziel hat. Wenn Verbesserungen alltäglicher Lebens- und Arbeitsbedingungen sichtbar werden sind Arbeiter und Bauern von der Ernsthaftigkeit einer Bewegung zu überzeugen. Nach Einschätzung des Verfassers wird die Schnelligkeit, mit der in Kolumbien zu bewaffneten Aktionen gegriffen wird, aus der Verzweiflung und Ausweglosigkeit geboren. Wo jedoch die politische Führung Auswege bietet, wird sie glaubwürdig sein und kein Legitimitätsdefizit erleiden. Auswege sind hier vor allem ökonomisch zu sehen, sie müssen in vorrevolutionären Situationen zu verwirklichen sein und dürfen nicht mit Zukunftsversprechungen populistischer Couleur zu tun haben. Gerade der populistische Ursprung von M-19, die aus der ANAPO⁵¹ hervorging, gibt zu einiger Skepsis Anlaß.

4.2 Negative Folgen der Guerilla

Vorschnelle und daher tendenziell verantwortungslose Aktionen zeitigen erfahrungsgemäß eine Reihe von Folgen, von der nur einige genannt werden sollen. Diese reichen allerdings aus, das Zementieren des Status quo durch revolutionär intendierte Aktionen zu provozieren:

Eine Folge einer wie oben skizzierten Verantwortungslosigkeit ist Enttäuschung, die bis zur Apathie führen kann. Schon vor über 50 Jahren glaubten die Campesinos im Kaffeegebiet Nordtolimas, die Revolution sei im ganzen Land ausgebrochen, als lediglich die Campesinos und Händler um El Libano den Bolschewikenaufstand organisierten.⁵² Eine weitere Folge ist Repression, Massenmord, Verfolgung, Folter und Freiheitsentzug, der regelmäßig eine Opposition niederwalzen kann. Wie in der Tschechoslowakei nach 1968 und in Chile nach 1973 besteht dann die Gefahr, daß für fast eine ganze Generation die Hoffnung auf ein besseres Leben durch Friedhofsruhe verdrängt wird. Die Verantwortung der Opposition besteht hier darin, eigene Fehler und Provokationen (oder jene anderer) zu erkennen, um sie nicht zu wiederholen. Bereits auf Repression in relativ geringem Ausmaß folgt Angst, die weiteres Oppositionshandeln und jeden ernsthaften Versuch, eine humanere Gesellschaft bereits im »Schoß der Bourgeoisgesellschaft« aufzubauen, lähmen kann.⁵³ Als Beispiel sei nur erwähnt, daß eine Beteiligte am niederge-

51 Die Alianza Nacional Popular war bis 1972 etwa vier Jahre lang die drittstärkste Partei. Heute sind ihre Überreste mit Ausnahme der M-19 bedeutungslos.

52 Sánchez, 1976.

53 Wie sehr die Jahrzehntelang erlittene Angst durch Vertreibungen und »Violencia« die politische Innovation blockiert oder erschwert, geht aus dem Augenzeugenbericht und den Analysen von Reyes und Molano hervor, der die erneute Flucht aus »El Pato« dokumentiert: Vgl. Molano-Reyes, 1980.

schlagenen Bolschewikenaufstand von 1929 in El Libano 50 Jahre danach nicht nur erstmals wieder die Internationale gesungen hat, als Gonzalo Sánchez⁵⁴ sie über jene Rebellion interviewte, sondern sich seither an keiner der in jener Region zahlreichen Oppositionsbewegungen beteiligt hatte.⁵⁵

Insgesamt kann festgehalten werden, daß vorschnelle bewaffnete Aktionen, stimuliert durch Verzweiflung, Ausweglosigkeit, Notwehr und permanente staatliche und privat organisierte Repression sowie die prinzipielle Bereitschaft, Konflikte bewaffnet auszutragen, auch in der Werthaltung und kolumbianischen Tradition verankert sind.

4.3 Mißachtung vorrevolutionärer Handlungsspielräume

Was neben einer detaillierten Kenntnis der Wirklichkeit zur Konstruktion einer humangen Gesellschaft im vorrevolutionären Milieu fehlt, ist eine Strategie, über vielfältige Konflikte, Klassenauseinandersetzungen und Allianzen schrittweise stabile Strukturveränderungen und Verbesserungen der alltäglichen Lebensbedingungen zu erzielen. In Kolumbien gibt es wie in den meisten Agrargesellschaften der Dritten Welt in Rückzugsgebieten national nicht oder kaum integrierter ländlicher Zonen derartige Handlungsspielräume für soziale Bewegungen. Ein verantwortungsbewußtes Wechselspiel von legalen und illegalen Aktionen, von Kooperation und Konflikt mit einzelnen strategisch ausgewählten Teilen (!) des Staatsapparates kann Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Unterprivilegierten einleiten. Dieser Vorschlag ist kein »Reformismus aus Prinzip«, sondern ist als sehr selektiv, nach strategischen Erwägungen ausgewählte, vorsichtige Kooperation mit dem Staat und der gleichzeitigen klugen, vorsichtigen Koordination mit einem repräsentativen Bestandteil der Opposition, ihrer einzelnen Bewegungen und Organisationen in Zusammenarbeit mit privaten Initiativgruppen und/oder Institutionen bzw. Stiftungen zu verstehen. Diese Interaktionen beruhen somit auf den drei internen Pfeilern Staat, Opposition und privaten Trägern (etwa non-government organizations) sowie einen möglichen vierten: einer sehr selektiv zu handhabenden internationalen Kooperation.⁵⁶ Eine solche Strategie läßt sich selten für ein größeres nationales Territorium vorschreiben, da regional z. T. beträchtliche Unterschiede an Bedürfnissen, Ressourcen und der historischen Tradition wie gegenwärtigen Bedeutung der erwähnten drei Institutionstypen (staatlich, oppositionell und (nicht – profitorientiert –) privat) bestehen. Lokal und regional unterschiedliche Akzente einer solchen Strategie sind selbstverständlich und setzen einen innerorganisatorischen und demokratischen Handlungsspielraum voraus!

54 Op. cit.

55 Einige davon sind: die linksliberale Bewegung um J. E. Gaitán, das Movimiento Revolucionario Liberal (MRL), angeführt von A. López Michelsen in Allianz mit der KP, die ANAPO, die Asociación Nacional der Usuarios Campesinos (ANUC), die von den dreißiger bis Ende der siebziger Jahre zu den bedeutendsten oppositionellen Strömungen um El Libano gehören.

56 Moßmann, 1980.

4.4 Massenstreik statt Guerilla?

Stark vernachlässigt wurde und wird die Bedeutung von Massenstreiks als zentrale Voraussetzung für einen grundlegenden aber weniger blutigen Wandel. Die Erfahrungen des Umsturzes in Iran und die Systemkrise in Polen, erzwungen durch Streiks und gewerkschaftliche Organisierung außerhalb der Kontrolle staatstreuer Gewerkschaften, unterstreichen ihre entwicklungspolitische Schlüsselrolle. Eine Gegenthese zum »verlängerten revolutionären Volkskrieg« könnte lauten: Gewerkschaften und Basisbewegungen sind dann wichtiger als bewaffnete Bewegungen, wenn sie Massenstreikbewegungen als gezieltes politisches Mittel hervorbringen.

»Der Massenstreik«, so führt Rosa Luxemburg am Beispiel Rußlands aus, »ist eine so wandelbare Erscheinung, daß er alle Phasen des politischen und ökonomischen Kampfes, alle Stadien und Momente der Revolution in sich spiegelt. Seine Anwendbarkeit, seine Wirkungskraft, seine Entstehungsmomente ändern sich fortwährend. Er eröffnet plötzlich neue, weite Perspektiven der Revolution, wo sie bereits in einen Engpaß geraten schien, und er versagt, wo man auf ihn voller Sicherheit glaubt rechnen zu können. Er flutet bald wie eine breite Meereswoge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrund wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden.«⁵⁷

Luxemburg sieht in diesem Phänomen sowohl eine nationale Bewegung als auch »bloß« regionale oder lokale Erscheinungen, die aufbrechen und wieder verschwinden. Sie differenziert und charakterisiert den bei ihr als Oberbegriff für eine revolutionäre Strömung verwendeten Streikbegriff in:

»politische und ökonomische Streiks, partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, Barrikadenkämpfe – alles das läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; ist ein ewig bewegliches wechselndes Meer von Erscheinungen.«⁵⁸

Mit dieser Charakterisierung weist Luxemburg auf das im Wesen kontinuierliche und oft bloß augenscheinlich instabile Auf und Ab oppositioneller Aktionen, Bewegungen und Organisationen hin. Was sie für Streiks sagt, gilt für soziale Bewegungen und politische Allianzen: ein Verschwinden von der Oberfläche ist oft eine Transformation, eine Restrukturierung, eine Antwort und Reaktion, auf Aktionen des Klassenfeindes.

So verstanden, drücken die einzelnen Erscheinungsformen des Massenstreiks das »politische und soziale Kräfteverhältnis der Revolution«⁵⁹ aus und kennzeichnet den Wesenskern der Klassenkämpfe.

57 Luxemburg, Bd. 2, 124.

58 Ibid.

59 Ibid.

Zur Kennzeichnung des Stellenwertes dieser Art Massenstreik-Bewegung fügt sie weitere Unterscheidungsmerkmale an:

1. Massenstreik kennzeichnet keine Einzelhandlung, sondern ist ein Sammelbegriff für jahre- oder Jahrzehntelange Klassenkämpfe.
2. Das Ökonomische ist vom Politischen in den Kampfstreiks nicht zu trennen. Die Wirklichkeit solcher Kämpfe weicht weit vom theoretischen Schema ab. Solche Schemata laufen Gefahr, die Erscheinungen abzutöten, weil sie das lebendige Wesen nicht erkennen.⁶⁰
3. Der Massenstreik gilt als Kern der russischen Revolution (von 1905!). Seine Geschichte ist die der Revolution – und hat nichts gemein mit dem politischen Denken »der Vertreter unseres deutschen Opportunismus«⁶¹ der Sozialdemokratie.

Kehren wir zurück zu Kolumbien: Wenn man die verschiedenen Kampfformen wie Landbesetzungen, Bauernproteste, ländliche Rebellionen, städtische Lohnstreiks und den landesweiten Generalstreik vom 14. September 1977 berücksichtigt, wie dies K. Meschkat tut,⁶² so kann in dieser komplexen Folge verschiedenster Kampfformen ein Ansatz gesehen werden für eine revolutionäre Basis im Sinne der von Luxemburg dargestellten Massenstreikbewegung. Allerdings ist das Landesspezifische stark zu berücksichtigen – oder in Weiterentwicklung des Luxemburgischen Gedankens ließe sich sagen: ausländische und/oder theoretische Schemata laufen Gefahr, endogene Erscheinungen abzutöten, weil das Kulturspezifische traditionell verkannt und mißachtet wurde und noch wird – auch von »Revolutionären«.

Im Interesse einer humaneren, weil Menschenleben bewußt schonenden Oppositionspolitik ist zu fragen, warum von kolumbianischen Oppositionsführern nicht gezielter an der Jahrzehntelangen Streiktradition angeknüpft wird. Die Polen lehren uns z. B., wie die Basis einer Weltmacht zerbrockt werden kann, ohne Waffen einzusetzen.⁶³

4.5. Revolution gegen den peripheren Kapitalismus: Bruch mit dem Weltmarkt

Der oben zitierte Satz von den drei mutigen Oppositionellen stammt von einem der ersten Guerilleros der ELN. Er ist Sohn eines Unternehmers und war von seinem Vater lang nach der Aufnahme der Guerillatätigkeit angeregt worden, sein Unternehmen zu leiten und den Export von lebensnotwendigen Fertigwaren nach Mittelamerika und in die Karibik auszubauen. Mit der Art der Ablehnung dieser Möglichkeit verstärkter politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit innerhalb einer weltpolitisch bedeutsamen

60 Luxemburg, op. cit., 128–129.

61 Ibid.

62 Meschkat, 1980, 131–132; zu den sich zeitlich überlappenden Allianzen innerhalb eines Dachverbandes verschiedenster Campesino-Bewegungen und ihrer städtischen Vertreter am Beispiel der ANUC – vgl. Moßmann, 1981.

63 Vgl. zum aktuellen Geschehen in Polen vor dem Hintergrund der historisch und gesamtgesellschaftlich verankerten Ursachen: Brus, 1981; Dross, 1980; Gattermann-Klenk, 1981.

Region offenbarte jener »Revolutionär« stellvertretend für mehrere Bewegungen, wie sehr sein/ihr Denken sich noch auf den nationalen Rahmen beschränkt.

Entscheidend für einen langfristigen stabilen Wandel ist eine meist versäumte Fähigkeit der Opposition, die zunächst auf einer intellektuellen Leistung beschränkt sein kann: der Entwurf einer wirtschaftlich neu strukturierten Gesellschaft auf allen Ebenen – intern und im Bereich des internationalen Handelns. Wenn diese Vorstellung nicht klar ist, und ihre Verwirklichung nicht möglich wird, besteht die Gefahr, daß sich die Vorhersage, die Henry Cabot Lodge in bezug auf die Entwicklung in der Dritten Welt zugeschrieben wird, bewahrheitet: Zuerst käme die Revolution, dann der Kommunismus; danach folge der Handel und dann kommen wir, d. h. der Kapitalismus.⁶⁴

Auf diese entscheidende Gefahr des Handelns hat bereits Tschajanow am Beispiel bäuerlicher Wirtschaften in Rußland hingewiesen. Er betonte, daß »der Kapitalismus als System der Weltwirtschaft . . . über den Handelsapparat in die breite Masse der bäuerlichen Wirtschaft eindringt, indem er das ganze Dasein der Bauernwirtschaften den Geboten des kapitalistischen Marktes unterwirft und aus der bäuerlichen Arbeit »Mehrwert« in der Form von Handelsgewinn zieht.«⁶⁵

Intern müßte die neu zu gestaltende Wirtschaft an der Subsistenzproduktion, der Nahrungsmittelselfversorgung⁶⁶ und der industriellen Entwicklung je nach eigenen Bedürfnissen und vorhandenen Ressourcen ausgerichtet sein. Eine diesbezüglich langfristig-visionäre Empfehlung gab Tschajanow bereits vor über sechs Jahrzehnten, die heute im Rahmen der Self-Reliance-Diskussion neue Aktualität erfährt: Er sieht

». . . die Aufgabe der Bauernschaft als Klasse (und damit jeder sozialen Bewegung eines Agrarlandes der Dritten Welt, P.M.) darin, mit Hilfe ihrer Genossenschaften (oder lokal geeigneter Betriebsformen, P.M.) alle Wege, die zum offenen Weltmarkt für Waren und Kapital führen, unter ihre Herrschaft zu bringen und von dem ganzen Handels- und Kreditapparat, der den bäuerlichen Massen dient, Besitz zu ergreifen. Die Frucht dieses weltwirtschaftlichen Klassensieges wird sein, daß das, was ein Mittel kapitalistischer Ausbeutung sein kann, zu einem einfachen technischen Werkzeug wird, mit dem die Familienwirtschaft im Landbau ihre Stellung befestigt.«⁶⁷

Welche Folgerungen zogen Sozialisten und Revolutionäre in den vergangenen 60 Jahren aus dieser strategischen Skizze, der die russischen Erfahrungen zugrunde liegen? Erst nach der Deckung des Eigenbedarfs wäre an eine neue Form des Außenhandels zu denken, wie sie Tschajanow vorschlug. Als wirtschaftliche Fortentwicklung meist bloß politisch-revolutionärer Prozesse müßte es oberstes Ziel sein, den Weltmarkt allmählich abzubauen und durch ein Handelssystem im Sinne des Collective Self-Reliance⁶⁸ zu ersetzen.

64 Diesen Hinweis verdanke ich Erich Süßdorf.

65 Tschajanow, 1923, 109.

66 Collins/Lappé, 1978.

67 Tschajanow, 1923, 109.

68 Vgl. z. B.: Senghaas, 1977; Khan/Matthies, 1978; Khan, 1980.

zen: Bestehende Produktions- und Verbrauchsmuster wären neu zu orientieren. Das Ziel ist die eigene Bedürfnisbefriedigung – nicht mehr die Produktion für den Luxuskonsum städtischer Eliten und ausländischer Märkte. Hierfür müssen eigene Fertigkeiten und Institutionen gefördert, die heimischen Ressourcen einschließlich der Arbeitskraft optimal eingesetzt werden, um den endogenen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Ausschlaggebend wäre die Zusammenarbeit mit ebenbürtigen Partnern im Austausch von Handelsgütern, Erfahrung und angepaßter Technologie. Eine mittelamerikanisch-karibische Ländergruppe könnte beispielsweise eine vertiefte Kooperation herstellen, ohne – und dies wäre wesentlich! – gegenüber zu mächtigen, d. h. zu ressourcenreichen Nachbarn wie Mexiko, Venezuela und Kolumbien neue Abhängigkeiten entstehen zu lassen. Eine zweite Handelsgruppe könnte bestehen aus Kuba, Nikaragua, Äthiopien, Moçambique und Angola. Eine solche Zusammenarbeit würde dem Engagement Kubas in Afrika eine revolutionäre Bedeutung im oben zitierten Sinne Tschajanows verleihen, weil es den derzeitigen Weltmarkt abbauen helfen würde. Kuba wäre dann nicht als Handlanger der Weltmachtinteressen der UdSSR anzusehen, sondern könnte nach einer möglicherweise taktisch-klugen, zeitlich-befristeten Allianz mit der UdSSR erstmals über echte Partner (nach dem spanischen Kolonialismus und dem US-Imperialismus) seine dritte Form von Abhängigkeit abschütteln. Collective Self-Reliance ist erst möglich nach der Überwindung jeder Form von Kolonialismus und Imperialismus sowie des kapitalistischen Weltmarktes. Revolution ist keine nationale Frage mehr. Sie kann es nur sein, wenn sie die Welthandelsbedingungen grundlegend abändert.

4.6 Mehr kritische Solidarität – weniger Kooperation

Die internationale Zusammenarbeit mit Solidaritätsbewegungen wird wegen der Erfahrungen nach dem Vietnam-Krieg mit Skepsis betrachtet.

Vertreter mehrerer Oppositionsbewegungen berichteten dem Verfasser, wie im Stil der »Violencia« von KP-Mitgliedern gegenüber Vertretern anderer Bewegungen ein »höflicher« Hinweis ausgesprochen wurde, die Region zu verlassen, andernfalls man sich nicht für die Sicherheit des Betreffenden verbürgen könne! Dies ist die typische Formulierung, bevor viele Tausende zur Zeit der »Violencia« vertrieben oder ermordet wurden. Die KP wandte sich besonders gegen die ANUC, in der sie nach 1970 selbst mitarbeitete, Gewerkschaftsvertreter und vor allem gegen M.-L.-Gruppen, die ihrerseits dieselben Methoden gegen die KP anwenden sollen. Von anderen Gruppen konnte dieses Verhalten nicht nachgewiesen werden. Aus diesem Verhalten drängten sich dem Verfasser Schlußfolgerungen auf für nicht nur in Kolumbien zu erwartende Solidaritätsarbeit aus Europa:

Ziel einer humaneren vor- oder nachrevolutionären Politik sollte es sein, Kommunikations- und Abhängigkeitsstrukturen aus der Kolonialzeit zu überwinden. Von »Revolutionären« werden dieselben Kanäle in diesen Kontinenten weiterbenutzt. Sie suchen Ratschläge, Finanzmittel und externe Unterstützung im weitesten Sinn aus denselben Ländern, die den Imperialismus hervorgebracht haben, statt sich ein neues Koopera-

tionsnetz primär mit Nachbarländern aufzubauen. Obwohl eine sehr vorsichtig ausgewählte Zusammenarbeit sinnvoll sein kann, besteht auch hier die Gefahr, daß aus historischen Erfahrungen nichts gelernt wird. Die Beispiele imperialistischer Fallen wie die konservative Funktion des Sozialimperialismus der UdSSR, der zu positiv betrachteten Rolle internationaler Organisationen und die deutsche SPD innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI) lassen vermuten, daß Oppositionelle in der Dritten Welt so oppositionell nicht waren und sind, solange ihr Vertrauen auf von außen gesteuerte Zusammenarbeit nicht ersetzt wird durch Handeln, das auf Selbstbewußtsein, auf einem eigenen Identitätsgefühl und auf Selbstbegrenzung ruht. Che Guevara hatte z. B. dieses selbständige Urteil vermissen lassen, als er es der bolivianischen KP überließ, ihm eine für die KP-Interessen günstige, für ihn jedoch ungünstige Region auswählen zu lassen. In Europa wird die peinliche Frage gestellt: »Nach Vietnam noch solidarisch sein?«⁶⁹ Diese Frage ist gerade auch für Kolumbien aktuell und wird es noch weiter werden, da es auch weiterhin unter Oppositionsbewegungen selbst zu unsolidarischen und kriegerischen Handlungen kommen dürfte. Seit der internationalen Solidaritätsbewegung der 60er und der beginnenden 70er Jahre für die Befreiung Vietnams aus dem US-Imperialismus ist Solidarität begrenzt auf die Arbeit von Komitees, denen es nur vorübergehend gelingt, eine begrenzte Öffentlichkeit zu mobilisieren. Was ist die Ursache für diese Rückläufigkeit? Eine wesentliche Ursache ist in den Vietnam-Erfahrungen zu sehen:

»Die Zehntausende Ertrunkener als Folge des Krieges zweier sozialistischer Staaten sind der schwerste Schlag gegen die Glaubwürdigkeit der moralischen Werte, mit denen die Linke weltweit die Legitimität einer Veränderung begründet.«⁷⁰ (Hervorhebung, P.M.).

Das vietnamesische Beispiel zeigt, daß Solidarität gegenüber einer sozialen Bewegung sich nicht einfach fortsetzen läßt, wenn die Bewegung zum Staat wird. Hypothetisch läßt sich formulieren: Wer die Oppositionsarbeit einer sozialen Bewegung unterstützt und gutheißt, muß nach ihrer Regierungsübernahme Macht- und Herrschaftsausübung kritisch überwachen. Er kann dann gezwungen sein, erneut in die Opposition zu gehen. Solidarität ist zu verstehen als Solidarität mit den Opfern jeglicher Machtausübung. Dies schließt auch die Opfer sich bekämpfender Guerillabewegungen in Kolumbien ein! Welche Konsequenzen hat die vietnamesische Erfahrung für eine Solidarität mit Kolumbien und andere lateinamerikanische Länder? Solange die Gefahr besteht, alte kolonialistische, populistische und permanent bürgerkriegsfördernde Fehler zu wiederholen, muß Solidarität von Europa aus primär Kritik sein und auf humanitäre Hilfe begrenzt werden – wie etwa die Arbeit von »amnesty international«.

Sie erfordert außerdem eine Öffentlichkeitsarbeit, die zur breiten und wirksamen Kritik an Regierungen in Europa führen muß, um es ihnen zu erschweren, oder unmöglich zu machen regierungsoffizielle Möder- und Mafiabanden zu unterstützen.

69 Taz-Journal, Nr. 2, 94.

70 Ibid.

5. Schlußfolgerungen und Zusammenfassung

Angesichts der stabilsten Guerillastreitmacht in der Geschichte Lateinamerikas und regelmäßig neu entstehender Bewegungen spielt Kolumbien im bewaffneten Kampf Lateinamerikas eine Schlüsselrolle für die Transmission von Erfahrung und Training. Bewaffneter Kampf heißt hier nicht, daß er revolutionär sein muß, auch wenn er als solcher von den Mobilisierten, ihren Führern und der veröffentlichten Meinung verstanden wird. Im Guerillakampf sind immer noch traditionelle Systemelemente aus dem 19. Jahrhundert erhalten. In Kolumbien treten sie klarer in Erscheinung als anderswo: Sie setzen erstmals die Tradition der Bürgerkriege fort, die vor allem im 19. Jahrhundert zwischen Vertretern der liberalen und konservativen Parteien in ganz Lateinamerika getobt haben. Zweitens war der Guerillakampf immer ein Mittel, von einzelnen Regionen aus die nationale Regierungsmacht zu erobern. Drittens setzen sie koloniale und nachkoloniale Strukturen fort, indem sie von außen kommende Methoden, Erfahrungen und Modelle über dieselben Kommunikationskanäle, Institutionen und Verbände in Übersee einführen, ohne sie nur bewußt als zeitlich befristete politische Allianzen anzusehen, solange sie unumgänglich sind. So wie Generäle als Besitzer von Kaffeehaciendas vor hundert Jahren bereits abhängig waren vom Weltmarkt, hängen heute Vertreter moskautreuer Institutionen (KP, CTC, FARC) von KPdSU-Entscheidungen ab. Andere schielen auf das kubanische Vorbild und wieder andere laufen in die Falle des Populismus und/oder der Sozialdemokratie. Trotz großer bewundernswerter menschlicher Leistungen fehlt es Oppositionellen in Kolumbien noch immer an Selbstbewußtsein, Identität, klaren Vorstellungen über die einheimische Produktivkraftentfaltung – gerade auch dort, wo sie die staatliche Macht völlig verdrängt haben. Es herrscht Unklarheit über die Art und die Grenzen eines neu zu strukturierenden Außenhandels. Es fehlen die erforderlichen Kenntnisse der eigenen Möglichkeiten, die von Ausnahmen abgesehen, nicht an Universitäten in Übersee erworben werden können.

Die Fortsetzung von Abhängigkeiten unter revolutionären Vorzeichen verlagert die Konflikte vom liberal-konservativen Bürgerkrieg auf die Ebene anderer Weltmachtinteressen und Stellvertreterkriege.

Oppositionsbewegungen, die nur politisch-institutionell agieren, nur Bewußtsein und Ideologie fördern, aber die materielle Basis wie Subsistenz, Nahrungsselbstversorgung als Entwicklungsstrategie und eine neue Handelspolitik vernachlässigen oder die strategischen Alternativen in diesem Bereich den von imperialistischen Interessen dominierten UN-Organisationen und der Weltbank überlassen, haben keine Chance, einen stabilen Wandel zu erzielen.

Nicht nur die UN setzt in Zusammenarbeit mit »revolutionären« Bewegungen oder Regierungen die kapitalistische Politik fort: der Guerillakampf fördert die Waffenkonzerne, die beide Bürgerkriegsseiten beliefern, wodurch sie ihre Profite erst recht steigern können. Außerdem sichert er die Arbeitsplätze in Industrieländern . . .

Welche Opposition in Kolumbien hat jemals einen Plan entworfen, wie eine nachrevolutionäre Wirtschaftspolitik ohne Dominanz der Kaffeeproduktion aussehen soll? Zu ent-

wickeln wäre eine andere Handels- und Wirtschaftspolitik, die die Nahrungsmittel-selbstversorgung im Vergleich zur exportorientierten Landwirtschaft stärker fördert. Welches wäre die Stellung des Agrarsektors im Gesamtwirtschaftsplan, um zu verhindern, daß sich evtl. nachrevolutionär mexikanische oder sowjetische Verhältnisse zugunsten einer städtischen Industrialisierung durch fortgesetzte Ausbeutung der Landbevölkerung wiederholen? Wie sehen vorrevolutionäre ökonomische Strategien in Richtung auf eine Emanzipation vom Kapitalismus – auch vom mexikanischen und brasilianischen Subimperialismus – aus?

Die internationale Bedeutung Kolumbiens ist augenblicklich ökonomischen und politischen Machtstrukturen zu entnehmen:

1. Es ist in der westlichen Hemisphäre das wichtigste Exportland für Schmuggelwaren – vor allem Marihuana und Kokain, aber auch für geschmuggelte Grundnahrungsmittel wie Zucker, Mehl, Fleisch, Weizen, Kartoffeln und Reis. Die Mafia kontrolliert inzwischen nicht nur die traditionelle Industrie wie dem Textilsektor in Medellin, sondern ganze Regionen wie z. B. La Guajira.
2. Der Export von Kaffee, der hundert Jahre lang das wichtigste Exportgut war, fiel in seiner Bedeutung hinter Marihuana und Kokain als wichtigstem Devisenbringer zurück. Der Kaffeesektor als bedeutendster Verbindung zum Weltmarkt öffnet das Land für die Penetration durch die multinationalen Konzerne und anderen Formen der zwischenstaatlichen Dominanz (UNO, Weltbank etc.).
3. Der dritte solide Machtblock geht aus der teilweisen Stabilität wie der kontinuierlichen Neugründung von Guerillabewegungen hervor. Er ist der schwächste von allen drei internen Blöcken.

Diese drei Machtblöcke sind in der heutigen kolumbianischen Gesellschaft in ihrer Allianz mit den jeweiligen internationalen Interessen die wichtigsten Zentren für politische Entscheidungen und Herrschaft, wobei zu fragen wäre, ob die Weltbank nicht die einflußreichste ist!

Wenn auch die Guerilla gegen die ersten beiden in sich verfilzten Allianzen nationaler und imperialistischer »Agenturen« wenig ausrichten kann, so kann sie dennoch ihr Konfliktpotential weitergeben, also ihre eingangs dargestellte Transmissionsfunktion für »revolutionäre« Prozesse in Lateinamerika erfüllen.

Die Chancen für die Erhaltung des Status quo sind günstig – also auch für das Überleben der Guerilla – bei gleichbleibender (ökonomischer) Unergiebigkeit ihrer Konzeptionen und Alternativvorstellungen. Alle drei Machtblöcke sind im Staatsapparat auf die eine oder andere Weise direkt oder indirekt vertreten, versuchen ihre Interessen zu fördern und bespitzeln sich gegenseitig. Wer mit Regierungsvertretern in Kolumbien zusammenarbeitet, weiß daher nie oder sehr lange nicht, welchen Interessenvertreter er wirklich vor sich hat . . .

Nicht zu unterschätzen ist die langfristige Bedeutung der FARC für die UdSSR und ihre Lateinamerikapolitik, da sie bereits neun Guerillafronten besitzt und in absehbarer Zeit fünfzehn anstrebt.

Erst eine Einheitsfront, die Moskau bislang zwei- wahrscheinlich jedoch dreimal verhindert hat (1952, 1965 und 1980), kann unter der Führung oder der dominierenden Beteiligung der FARC dem Staatsapparat und den anderen beiden Machtblöcken gefährlich weden. Damit würde Moskau über ihren »revisionistischen« Satelliten, die KPK, die Ge-schicke Kolumbiens bestimmen. Aus dieser Sicht ist es verständlich, daß seit Jahrzehn-ten die Guerilleros Lateinamerikas von Moskau als »Abenteurer« bezeichnet werden. Sie werden »Abenteurer« sein, bis die moskautreuen Fraktionen schrittweise die Macht erobert haben . . .

Zusammenfassend läßt sich festhalten:

1. Eine Ursache zur Gründung autonomer Zonen liegt im Versuch der Agrarbourgeoisie, die »ursprüngliche Akkumulation« in das Hinterland weiter voranzutreiben. Mittel zum Zweck war und ist die massenhafte Vertreibung der Landbevölkerung. Gerade in der Aufhebung dieses Gesetzes liegt die Bedeutung der »autonomen« Zonen. Oder anders formuliert: es gelang den Vertriebenen und Siedlern in ihren Rückzugsgebieten die andernorts nicht einzudämmende Kapitalakkumulation zu stoppen.

Welchen Stellenwert den »autonomen« Zonen weiter zukommen wird, ist nicht sicher vorauszusagen. »Bescheidene« Chancen haben sie, wie es scheint, auf alle Fälle:

- a) Ökonomisch dienen sie der Sicherung der Subsistenz und der Freiheit des Anbaus – auch von Kaffee, was in den dreißiger Jahren Anlaß heftiger Konflikte zwischen Pächtern und Hacendados war.
- b) Politisch sind sie aus dreifachen Gründen bedeutsam: Sie bieten Schutz gegen Repression und Freiheit der Organisation.

Sie könnten in Kolumbien einen Anstoß geben für den endgültigen Bruch mit der traditionellen liberalen und konservativen Parteienstruktur. Im Vergleich zu den großen Ländern Lateinamerikas wäre dies eine nachzuholende Entwicklung, die noch nichts aussagt über eine qualitativ neue Politik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit.

Eine zweite nachzuholende Entwicklung könnten Guerilleros ungewollt oder unbewußt bewirken: Bedingungen zu schaffen für einen effizienteren Kapitalismus. Die Hacienda-Wirtschaft mit ihrem ungenutzten Brachland oder der extensiven Bewirtschaftung und dem analogen Versagen der Hacendados als Führungsgruppe im Regierungshandeln stehen einer Modernisierung entgegen. Mittelfristig wären auch diese »Reformen« nur gewaltsam durchzuführen – wie in Bolivien um 1952/53.

Des weiteren trägt der moderne Guerillakampf in Kolumbien nicht nur neotraditionalistische Züge. Er ist a) Ausdruck weitgehender Verzweiflung der von ihm Mobilisierten, b) Selbstverteidigung aller Beteiligten und c) weitgehend Spiegelbild entwicklungsstrategischer Konzeptionslosigkeit ihrer Führer. Sie beruht z. B. auf kaum vorhandenen politischen Analysen einheimischer Forscher. Letzteres ist eindeutig eine Folge eines abhängig gehaltenen Landes.

Diesem Defizit entspricht das von Marulanda in den fünfziger Jahren geforderte Agrarprogramm (vgl. 2.2.3). Es ist nach Wissen des Verfassers heute kaum oder nur rudimen-

tär entwickelt. Reyes spricht am Beispiel von El Pato nur von zwei Genossenschaften.⁷¹ Die Guerilla ist nach dem bereits zitierten Guerillakommandanten Marulanda höchstwahrscheinlich in bezug auf das geforderte Agrarprogramm »ein Mann ohne Kopf«.

2. Wegen des bereits erwähnten Mangels an Analysen als Folge der »Unterentwicklung« wegen der fast permanenten Repression in Ländern der Dritten Welt und der Erfahrungen mit der oben diskutierten Solidaritätsarbeit ergibt sich zwangsläufig für Universitäten und Forschungsinstitutionen in Industrieländern eine Ersatzfunktion weil in der Dritten Welt Lehre und Forschung (noch) nicht oder nur sehr begrenzt möglich sind. An einer Nationaluniversität wie z. B. jener in Bogotà, die durchschnittlich einmal im Jahr geschlossen und vom Heer besetzt wird, können kaum Führungskräfte ausgebildet werden. Forschung und Lehre in engster Zusammenarbeit mit Vertretern der Dritten Welt sind – unter starker Reduzierung primär ethnozentrischer und karrierebedingter Fragestellungen – wesentlich für den Entwurf der oben skizzierten »collective self-reliance«.

3. Obwohl, oder gerade weil Kolumbien zu den ressourcenreichsten Ländern Südamerikas zählt, ist die Interessenvertretung nach außen traditionell extrem nachlässig. Im Vergleich zum regierungsoffiziellen Verhalten war bei keiner oppositionellen Bewegung oder Partei der letzten fünfzig Jahre Durchsetzungsfähigkeit so entwickelt, daß nach einer evtl. Regierungsübernahme ein »starker Staat« im Sinne von G. Simonis und damit eine viel bessere Interessenvertretung nach außen zu erwarten gewesen wäre. Ein solcher Staat hat nach Simonis folgende vier Fähigkeiten zu erfüllen: a) Weltmarktbedingungen sind in bezug auf einen günstigeren Tausch zu beeinflussen. Der Staat muß außerdem fähig sein, alle grenzüberschreitenden Transferprozesse zu kontrollieren. b) Der Gebrauchswert der importierten Waren ist nach Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit zu bestimmen. c) Beschlossene wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen gegen aus- und inländische Machtgruppen, Institutionen, Privatpersonen und deren Klientel durchsetzbar sein. d) ein hoher Anteil des ökonomischen Surplus muß über spezifische Organisationsmittel den Produktionsapparat modernisieren und erweitern.⁷² Nur ein solcher nach einem evtl. Umsturz etablierter Staat hätte Chancen, wesentliche bislang unlösbare Probleme mit Aussichten auf Erfolg in Angriff zu nehmen. Für Kolumbien ist aus dem bereits Ausgeführten zu befürchten, daß Kontinuität trotz irgendwann zu erwartenden Wandels – analog dem kontinuierlichen Waffengang – den notwendigen Umbruch verhindert.

4. Aus dieser für Führungskräfte peripher-kapitalistischer Gesellschaftsformationen typischen Schwäche folgt, daß sie neuen imperialistischen Einflüssen Tür und Tor öffnen könnte. Daher ist die kommunistische Bewegung moskautreuer Orientierung die beste

71 Molano/Reyes, 1980, 42.

72 Simonis, 1981, 201–202.

Chance für die Sowjetunion, ihre Lateinamerika-Interessen besser über das Trittbrett Kolumbien zu vertreten als über Inseln in der Karibik oder andere Zwergstaaten. Die stabile 50-jährige KP-Struktur und die linientreue Guerilla (FARC) in einem der größten ressourcenreichsten Länder in geopolitisch günstiger Lage Lateinamerikas ist möglicherweise langfristig strategisch bedeutsamer für die Konkurrenz der UdSSR mit US-Interessen als das Ausscheiden einer Karibik-Insel aus der Herrschaft der USA in der westlichen Hemisphäre.

Dieser letzte Aspekt revolutionärer Prozesse und Befreiungsversuche einer abhängig gehaltenen peripher-kapitalistischen Gesellschaft einerseits und die Chancen für den Einstieg einer anderen Weltmacht in Lateinamerika andererseits ist neben der außergewöhnlichen Guerillatradition und der traditionellen Zwei-Parteiherrschaft eine weitere Facette der Widersprüchlichkeit kolumbianischer Realität. Sie könnte allerdings von weltweiter Bedeutung sein.

Literatur

- Arenas, J., Diario de la resistencia de Marquetalia, o. O. 1972.*
- Autores, Varios, De donde venimos, Hacia donde vamos, Hacia donde debemos ir, Medellín 1975.*
- Brus, W. u. a., Polen, Symptome und Ursachen der politischen Krise, Hamburg 1981.*
- Collins, J., Lappé, F. M., Vom Mythos des Hungers, Die Entlarvung einer Legende: Niemand muß hungrig, Frankfurt 1978.*
- Debray, R., La Guerrilla del Che, México 1975 a.*
- Debray, R., La crítica de las armas, t. I, México 1975 b.*
- Deutsch, K. W., Politische Kybernetik, Modelle und Perspektiven, Freiburg 1969.*
- Dross, A. Th., (Hg.), Polen, freie Gewerkschaften im Kommunismus? Reinbek 1980.*
- El Marques de Valdelomar, El Estado y la Masonería, Madrid 1972.*
- Ertl, E., Alle Macht den Räten? Frankfurt 1968.*
- Gatter-Klenk, J., Vielleicht auf Knien, aber vorwärts! Gespräche mit Lech Walesa, Königstein 1981.*
- Gildhodes, P., La question agraire en Colombie, 1958-1971, Paris 1974.*
- Guevara, E., Guerilla – Theorie und Methode, Berlin 1971.*
- Guevara, E., El diario del Che en Bolivia, México 1971.*
- Guillen Martínez, F., El Poder, Los modelos estructurales en Colombia, Bogotá 1973.*
- Guzmán, G., La violencia en Colombia, Cali 1968.*
- Hobsbawm, E. J., Los campesinos y los emigrantes en la política, en: C. Veliz (ed.) El conformismo en América Latina, Santiago de Chile 1970.*
- Junta Interamericana de Defensa, La guerra revolucionaria, suplemento de la Revista de las Fuerzas Armadas, Vol. II, No. 5, Bogotá Dic. 1960.*
- Lamberg, R., Die Guerilla in Lateinamerika, München 1972.*
- Leggewie, C., Asiatische Produktionsweise und Unterentwicklung, in: Tibi, B., V. Brandes (Hg.), Handbuch 2, Unterentwicklung, Frankfurt 1975.*
- Lenin, W. J., Aus Anlaß der »Profession de foi«, in: Ders., Werke Bd. 4, Berlin/DDR 1977.*
- Londono, J., El punto de vista del campesino, en: E. Feder (ed.), la lucha de clases en el campo, México 1977. (übersetzt in: E. Feder (Hg.), Gewalt und Ausbeutung, Hamburg 1973.)*
- Luxemburg, R., Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin/DDR 1974.*
- Marx, K., Das Kapital, Bd. 1, Berlin/DDR 1969.*
- Marulanda Vélez, M., Cuadernos de Campaña, o. O. 1973.*
- Marulanda Vélez, M., (Entrevista), in: El manifesto, Febr. 17 – Marzo 2, 1977, 5.*

- Merchán, V. J.*, Datos para la historia social, económica y del movimiento agrario de Viotá y del Tequendama, Testimonio, en: *Estudios Marxistas* No. 9, 1975.
- Mercier Vega, L.*, Las Guerrillas en América Latina, La técnica del constraestado, Buenos Aires 1969.
- Meschkat, K.*, Marxismus in Kolumbien, Zum Verhältnis von Revolutionstheorie und sozialer Bewegung, ver-
vielf. Manuskript. Hannover 1980.
- Meyer, A.*, Leninism, New York 1965.
- Molano, A., Reyes, A.*, Los bombardeos en el pato, *Controversia* No. 89, Bogotá 1980.
- Moßmann, P.*, Campesinos und Ausbeutungsstrukturen im internationalen Konfliktfeld, Saarbrücken 1979.
- Moßmann, P.*, »Autonome« Zonen und Self-Reliance in Kolumbien, in: K. M. Khan (Hg.), Self-Reliance als na-
tionale und kollektive Entwicklungsstrategie, München-London 1980.
- Moßmann, P.*, Staat, innergesellschaftliche Machtblöcke und Bauernbewegungen in Kolumbien, in: R. Hanisch,
R. Tetzlaff (Hg.), Staat und Entwicklung, Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwick-
lungsländern, Frankfurt 1981.
- Naschhold, F.*, Organisation und Demokratie, Stuttgart 1969.
- Ramsey, W.*, La Revolución Campesina, 1950-1954, Ediciones »Libros de Colombia«, o. O., o. J.
- Sánchez, G.*, 1929: Los »Bolcheviques del Libano« (Tolima), Crisis mundial, transición capitalista y rebelión en
Colombia, Bogotá 1976.
- Senghaas, D.*, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt 1977.
- Simonis, G.*, Der Staat im Entwicklungsprozeß peripherer Gesellschaften, Die Schwellenländer im internationa-
len System, Konstanz 1981 (Habil.-Schrift).
- Tageszeitung, die, Nach Vietnam noch solidarisch sein? *taz-Journal* no. 2, Berlin o. J. (1980).
- Tirado Mejía, A.*, Aspectos sociales de las guerras civiles en Colombia, Bogotá 1976.
- Tovar, H.*, El movimiento campesino en Colombia, Bogotá 1975.
- Tschajanow, A.*, Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft, Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im
Landbau, Berlin 1923.
- Zelinsky, U.*, Kolumbien: Parteien und Entwicklung in der Nationalen Front, Meisenheim am Glan 1979.

ABSTRACTS

Some Legal Comments on Hon. Waruru Kanja's Petition for Executive Clemency

By *S.B.O. Gutto*

Executive Clemency or sovereign powers of reprieve and pardons in criminal cases is a vital and integral component of any legal system in modern state social organizations. Such prerogative, whether constitutionally decreed or assumed from customary state practice operates to mitigate the harsh consequences that often arise from mechanical, abstract application of legal rules. In the common law legal tradition such sovereign prerogative exists beyond the limits of equity in dispensing substantive justice in special circumstances.

In Kenya, the Presidential Prerogative of mercy, as Executive Clemency is called, is provided for in Sections 27–29 of the Constitution. The operation of these sections have not been subject of any dispute or legal comment until late in 1981 when a Member of Parliament, Hon. Waruru Kanja, was charged and convicted of violation of foreign exchange laws. The circumstances of the indictment and trial were highly politically charged. Hon. Kanja's petition to the President for pardon was rejected in circumstances that raises constitutional and legal eye-brows particularly because the rejection could be interpreted to mean that clemency may not be granted since the courts of law are allegedly perfect and have exclusive jurisdiction in dispersive punishments in criminal cases, which is not his case.

This essay attempts to assess the nature and role of Prerogative of Mercy, its apparent unjustified denial in the Kanja's case and the implications of the latter to the future development and practice of constitutionalism in Kenya.

Entwicklungs politik »von unten« oder Bürgerkrieg von Peter Moßmann

Development policy »from below« is indispensable in view of the inefficiency of agent organizations. If it does not achieve an evident success for the majority of the population, there is a threat of civil war. Taking into account the steadiest Campesino-guerilla in Latin America, it seems that the development trend is traced out for Colombia. This trend is not relevant for one country alone: Columbia is geopolitically situated between Central America and the south of South America. Under the strategical aspect of revolution regarding major regions of retreat, this country is assigned a transmission function simi-

lar to that attributed to Bolivia by Che Guevara. Indeed, Colombia plays a much more important role in Moscow's interests than Bolivia did. At long term, under the strategical aspect, Columbia is a more important footboard for the Soviet Union than a dwarf nation in the frontyard of the USA.

Violence threatens to become an end in itself. In its intensified form, it is a component of the social character: The attempt to react to problems or rather to solve these comes to a standstill as violence is used. Revolution is its outlet. **Restricted to the national environment**, guerilla movements are historically out of date or condemned to failure for two reasons:

1. Syndicates and basic movements are more important than armed movements whenever they bring forth movements advocating general strikes as purposeful political instruments and conclude alliances with most of the relevant sectors of the society.
2. Very often, the opposition leaders lack the plan of a society based on new economic structures at all levels – within the society and in the international context. Today, revolution is no longer a national question. It can only occur within the framework of conditions on the world market which are undergoing a fundamental change.

Indonesian Trade Union Movement

By *Eva-Maria Garang-Schaarschmidt*

The development of the Indonesian trade union movement is connected with the people's fight for independence from Dutch colonialism. This fight united the diverging forces, of which Islam and communism, both strongly amalgated with nationalism, have been the main ones, at least at times, whereas after independence having been reached, a variety of trade unions and union federations were formed. Before 1965

- the PKI dominated federation SOBSI with a membership of about 60 % of all organized workers
- the Islam orientated federation GASBIINDO,
- the PNI dominated KBKI

have been the most important ones among hundreds of registered unions and union federations. But military had also already as early as 1961 tried to take part in the trade union movement. The cleavage between Islam and Communism could not be overcome even during Guided Democracy; while communism allied itself with nationalism, Islam began to strengthen its position in associating with military. Although SOBSI has not been involved in the Coup d'Etat of 1965, it has been prohibited, many of its members have been prosecuted, killed or jailed.

The technocratically oriented »new order« government under Suharto enforced trials already initiated under »old order« government of Sukarno to reduce the variety of exi-